BEILAGE: Aufruf des Präsidiums der KPD/ML zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 10 vom 17. März 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

HÄNDE WEG VON CHINA!

Vor kurzem beschlossen die sowjetischen Sozialimperialisten, den Städten östlich des Ussuri und nördlich des Amur neue Namen zu geben. Die alten chinesischen und mandschurischen Bezeichnungen sollen in neue, russische umgewandelt werden. Das ist ein unerhörter Angriff auf die nationalen Rechte des chinesischen Volkes. Mit dieser Umbenennung der Städte geben die neuen Zaren im Kreml zu verstehen, daß sie den chinesisch-russischen Grenzkonflikt als gelöst betrachten: Sie wollen sich diese Gebiete endgültig einverleiben.

Die Volksrepublik China hat immer wieder erklärt, dass es sich bei diesen Gebieten um chinesisches Territorium handelt. Im Jahre 1858 und 1860 wurden diese Gebiete China durch die damalige zaristische Regierung und die russische Bourgeoisie entrissen. China wurde in den Verträgen von Aigun und Peking gezwungen, die imperialistischen Annexionen zu akzeptieren.

Die russischen Sozialimperialisten versuchen heute, die kolonialistische Umbenennung der Städte in diesen Gebieten damit zurechtfertigen, dass dieses Territorium früher herrenlos gewesen sei und erst vom Zarenreich erschlossen wurde.



Das ist eine grobe Lüge und eine schamlose Rechtfertigung der zaristischen Annexions- und Expansionspolitik. Warum haben denn diese Ortschaften chinesische und mandschurische Namen, wenn diese Völker nie dort gewesen sind? Warum hat denn die Sowjetregierung unter der Führung Lenins sofort nach der Befreiung vom zaristischen Joch diese Verträge für Null und nichtig erklärt und sich verpflichtet: *"Die Sowjetregierung gibt China unentgeltlich und für immer alles zurück, was die zaristische Regierung und die russische Bourgeoisie ihm raubgierig entrissen haben", wenn gar nichts zurückzugeben war?

Nein, für die Haltung der neune Zaren im Kreml gibt es keine Rechtfertigung. Auch mit russischem Namen bleiben die Ortschaften nördlich des Amur und östlich des Ussuri chinesisches Territorium. Durch diese neue Massnahme der Breschniews und seinesgleichen wird gegen ihren Willen ihre aggressive Absicht gegen das chinesische Volk nur noch deutlicher.

Sie steht in einer Reihe mit den schon bekannten Versuchen der Sozialimperialisten, das chinesische Volk zu beleidigen und zu provozieren. Seit 1964 weigern sich die Sozialimperialisten, die von der Volksrepublik China immer wieder angebotenen Verhandlungen über den Grenzkonflikt aufzunehmen. Besonders seit 1967 dringen immer wieder sowjetische Grenzschutzsoldaten in chinesisches Terrotorium ein. Länder, die an China angrenzen, versuchen die Sozialimperialisten zu einem geschlossenen Ring von sowjetischen Truppenstützpunkten gegen die Volksrepublik aufzubauen. Dazu haben sie die mongolische Volksrepublik unterworfen, dazu betreiben sie zusammen mit den indischen Reaktionären ihre Aggressionspolitik gegen die indischen Nachbarländer und vor allem gegen die VR China.

Aber das chinesische Volk und die Völker der ganzen Welt sind wachsam. Sollten die sowjetischen Sozialimperialisten es wagen, die Volksrepublik anzugreifen, werden sie genauso schmanlich unterliegen, wie Hitler bei seinem Angriff auf die Sowjetunion Lenins und Stalins.

* Erklärung der Sowjetregierung vom 27.9.1920



Die Räuberhorden der sowjetischen Sozialimperialisten greifen chinesische Fischer an (1969).

FREIHEIT FÜR ABU DAUD!

Die Führer der palästinensischen Befreiungsorganisationen rufen die antiimperialistischen Kräfte in der ganzen Welt zu einer Protestaktion gegen den Schlächter Hussein. Der algerische Präsident Boumedienne fordert den gemeinsamen Kampf gegen den Henker von Jordanien.

Es geht um das Leben Abu Dauds und anderer palästinensischer Freiheitskämpfer.

In Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst konnten die jordanischen Reaktionäre Mitte Februar eine Gruppe von Freiheitskämpfern der Al Fatah gefangen nehmen. Unter ihnen Genosse Abu Daud. Jetzt droht ihnen die Hinrichtung durch die jordanischen Imperialistenknechte.

AbuDaud hat sich durch seinen mutigen Kampf gegen die israelischen Aggressoren das Vertrauen der Volksmassen erworben. Er diente der Sache der Befreiung Palästinas als Mitglied des ZK der Al Fatah. Besonders fürchteten ihn die Zionisten als Militärführer. Zuletzt hatte Abu Daud den Auftrag, in den besetzten Gebieten Westjordaniens den Befreiungskampf zu organisieren.

Die Morddrohung gegen Genossen Abu Daud steht in einer Reihe mit dem verschärften Terror gegen die gesamte palästinnensische Befreiungsbewegung. Die israelischen Zionisten planen auf Drängen der beiden Supermächte einen erneuten Vorstoss gegen die arabischen Völker. Schliessen wir gegen die Front der Reaktionäre die kämpferischen Reihen der antiimperialistischen Kräfte. Unterstützen wir den Kampf der palästinensischen Befreiungsorganisationen!

INTERVIEW MIT EINEM TEILNEHMER DER BUNDESKONFERENZ DER GEWERKSCHAFTSOPPOSITION

Frage: Vertreter gewerkschaftsoppositioneller Gruppen und einzelne Kollegen aus 8 Gewerkschaften und ca. 50 Betrieben waren auf dem Bundeskongress der GO (Gewerkschaftsoppostion) vertreten. Was waren die Ergebnisse des Kongresses?

Antwort: Die Konferenz hat das Statut der GO diskutiert, überarbeitet und verabschiedet. Das zeigt, dass wir einen weiteren Schritt vorwärts gekommen sind.

Der Zusammenschluss aller oppostionellen Gewerkschafter wird immer dringender. Die Beispiele Hoesch, Huf in Velbert und Mannesmann-Huckingen haben ja deutlich gemacht, wie notwendig das ist. Die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung sind offen Arm in Arm gegen die streikenden Kollegen mit Drohung und Erpressung vorgegangen.

Gleichzeitig veröffentlichen sie in ihrer Presse Hetzartikel gegen die GO. 'Zerstörung der Gewerkschaft an der Basis', heist es im Drupa-Zentralorgan. Hier stellt das Statut der GO als erstes einmal klar:

"In ihrem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung hat sich die Arbeiterklasse die Gewerkschaften als Kampforganisation geschaffen. Die heutigen Gewerkschaften in Westdeutschland und Westberlin erfüllen diesen Anspruch nicht mehr. Die Politik der Gewerkschaftsführung ist die Politik der Zusammenarbeit, des Kompromisses mit dem Kapital, es ist die Politik des Abwürgens des Klassenkampfes."

Frage: Heisst Schaffung eines Statuts, dass jetzt neue Gewerkschaften aufgebaut werden sollen?

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT:

Kampf den Nato-Notstandstruppen. S.2
Juso-Bundeskongress: Rötet sich das Feigenblatt? S.2
Frankreich: So funktioniert der parlamentarische Schwindel.... S.2
Chemie-Tarifrunde.................... S.3
Mannesmann-Streik: Ein Sieg für uns alle! S.4
Arbeitermord im Hafen S.4
Griechenland: Heldenhafter antifaschistischer Widerstand S.5
Bonn: Komplize der Faschisten... S.5
Irland: 'Wahlen' unter britischen Bajonetten S.5
Tommy's üben Strassenkampf S.5
Zentr ismus hat keine Chance S.6
Veranstaltung in München zur Stärkung des RM S.7
Leserbriefe S.7
Rote Hilfe Giessen gegründet S.7
Polizei und Spitzel des Herren Krupp S.7
125 Jahre Kommunistisches Manifest S.8
Steuern in Albanien abgeschafft .. S.8

KAMPF DEN NATO-NOTSTANDSTRUPPEN!

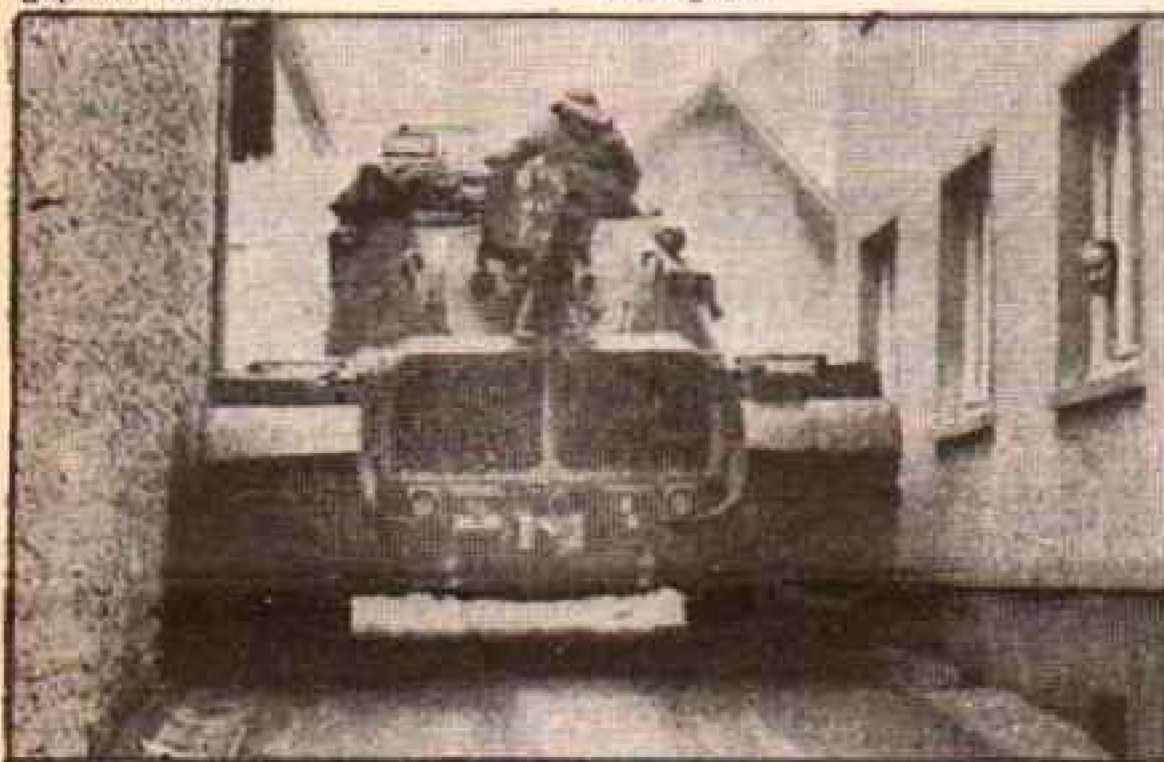
Von Mitte bis Ende März läuft das Nato-Manöver 'Wintex 73'. Hier wird am grünen Tisch das Eingreifen der Nato für eine 'politische Krise' für den gesamten Nato-Raum geprobt.

In diesem Jahr sollen Nato-Generäle und Politiker vor allem das 'Zusammenspiel von Militär- und Zivilbehörden' proben. Vom Bundeskanzler angefangen sind Landesregierungen, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden beteiligt. Engster Berater des 'Bundeskanzler' bei dieser Übung ist Ministerialdirektor Thompson, Mitverfasser der Notstandsgesetze.

Die Imperialisten fürchten den Aufschwung der Kämpfe in den europäischen Ländern, in der Türkei und Griechenland. Gegen Massenstreiks und revolutionäre Bewegungen soll darum in diesem Jahr der Einsatz der Nato-Truppen geprobt werden.

Bei diesem Manöver hat es für die Imperialisten eine peinliche Panne gegeben. Teile der geheimen Unterlagen wurden den Sozialimperialisten in die Hände zugespielt.
Die westdeutschen Imperialisten zitterten – aber mehr vor der Unzuverlässigkeit ihres eigenen Apparats als vor den Neuen Zaren im Kreml. Von ihnen hatten sie in der Tat nichts zu befürchten. Die Unterlagen kamen postwendend zurück. Kein Wort gelangte an die Weltöffentlichkeit.

Ein sozialistischer Staat hätte solche Bürgerkriegspläne gegen die europäischen Völker zur Entlarvung des Imperialismus ausgenutzt. Die Neuen Zaren im Kreml aber decken diese verbrecherischen Pläne der Imperialisten. Das ist ein weiterer Beweis für die Zusammenarbeit der sowjetischen Sozialimperialisten mit dem US-Imperialismus und auch mit dem westdeutschen Imperialismus, wenn es um den Kampf gegen die Volksmassen in der Welt geht.



Sucht der Nato-Panzer in dieser Straße den 'Feind aus dem Osten'?! Das Bild wurde in Nürnberg aufgenommen während des Nato-Manövers 'Reforger IV' vom Januar, zu dem 10,000 US-Soldaten nach Süddeutschland eingeflogen wurden. Hier wird der Einsatz von Nato-Truppen im Bürgerkrieg geübt!

Frankreich: So funktioniert der parlamentarische Schwindel!

Frankreich steht am kommenden Sonntag vor einem roten Abgrund, die rote Flut wird sich nach einem Wahlsieg der Linken über ganz Europa ergiessen - das waren die Horrorreden der Gaullisten vor dem letzten Wahlsonntag. Alle antikommunistischen Geister wurden geweckt, es wurde zur Rettung der Nation aufgerufen. Die Gaullisten siegten.

Antikommunistische Geister und Wähler wurden mobilisiert, aber keineswegs gegen eine wirkliche 'sozialistisch-kommunistische' Wahlalternative. Das Wahlbündnis zwischen den Sozialisten Mitterands und den 'Kommunisten' von G. Marchais stellte alles andere dar, als den 'Umsturz mit dem Wahlzettel', wie Mitterand angekündigt hatte. Das Wahltheater der Reformisten und Revisionisten war nichts als ein grossangelegter Betrug.





Klassenkampf in Frankreich: Werktätige Bauern kämpfen gegen die C.R.S.-Bürgerkriegstruppen, die die blockierten Straßen für die Milchkonzerne räumen sollen.

1958, als der französische Imperialismus den schmutzigen Krieg gegen Algerien verstärkte, und in Frankreich selbst, die Arbeiterbewegung anschwoll, liess die Bourgeoisie den 'harten Mann durchgreifen'. In einem Staatsstreich kam de Gaulle an die Macht. Die sogenannten 'Kommuinsten der 'K'PF, die damals schon längst auf Chruschtschow-Kurs gegangen waren, mobilisierten die Arbeiterklasse nicht, sondern vertrösteten sie auf die nächste 'Wahl'.

De Gaulle wartete nicht lange, änderte - nun zum dritten Mal - das Wahlgesetz: Die Stimme eines Arbeiterbezirks war jetzt dreimal weniger wert, als die Stimme aus einem kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Wahlbezirk. Bei den diesjährigen Wahlen mussten z.B. die Gaullisten nur 25000 Stimmen für einen Parlamentssessel einsammeln, die sogenannten Arbeiterparteien aber über 100000 Stimmen. Damit nicht genug mit der 'Wahlreform'. Gleichzeitig erhielt der Präsident die berüchtigten Notstandsvollmachten. So drohte auch Pompidou vor dieser Wahl, es würde im Falle einer Niederlage seiner Partei als Präsident das neue Parlament einfach auflösen lassen.

Im Mai 1968 geriet das kapitalistische System unter dem Ansturm von streikenden und demonstrierenden Arbeitern, Bauern, Studenten und Schülern ins Wanken. Während de Gaulle eilig nach Baden-Baden flog, um sich der Unterstützung der Truppen des Algerienschlächters General Massus zu versichern, riefen die Revisionisten von der 'K'PF die revolutionären Massen zurück zu den Wahlurnen. De Gaulle gewann unter einer ungeheuerlichen antikommunistischen Hetze zur Einschüchterung der revolutionären Bewegung und der schwankenden Schichten.

Anschliessend wurde sofort die marxistisch-leninistische Partei Frankreichs, die PCMLF und andere revolutionäre Organisationen verboten. Die 'K'PF dagegen erhielt nichts als Lob für die Rettung des Systems.

Damals hatte die 'K'PF die Parole ausgegeben: '10 Jahre (gaullistische Regierung) sind genug.' Und diesmal, wo in Frankreich die revolutionäre Arbeiterbewegung sich gewaltig entwikkelt, gaben sie die Parole aus: '15 Jahre sind genug.' Wieder das gleiche Spiel. Die Bourgeoisie entfesselt antikommunistische Hetze gegen die revolutionären Kräfte, um ihre faschistischen Massnahmen weiter durchzudrücken. Ihnen behilflich ist dabei die revisionistische 'K'PF.

Dadurch, dass sie mit einem bürgerlichen Wahlprogramm (s. RM Nr.9) die Illusion des 'friedlichen Übergangs' in den Sozialismus verbreitet, die Arbeiterklasse auf die Kreuzchenabgabe vertröstet, versucht sie die revolutionären Kräfte zu entwaffnen und an das parlamentarische System zu ketten. Genau mit Hilfe dieses parlamentarischen Systems aber wird die Faschisierung weitergetrieben, das demokratische Mäntelchen über die Diktatur des Kapitals immer mehr fallen gelassen.

Diesmal benutzte die Revisionistenclique das Bündnis mit den Sozialisten, um gegenüber ihren Mitgliedern unter dem Deckmantel des 'Kompromisses' das noch offenere Übergehen auf bürgerliche Positionen 'rechtfertigen' zu können.

Und das war das Ergebnis: Der antikommunistischen Hetze der Gaullisten wurde durch die reformistische Politik der 'K'PF der Weg freigeräumt. Pompidou wird nach der Regierungsbildung die Faschisierung noch schneller vorantreiben.

Gleichzeitig stellt die bürgerliche Presse beunruhigt fest, dass durch das Waltheater doch auch eine ungewollte 'Polarisierung der politischen Kräfte' stattgefunden habe. Sie fordert Pompidou auf, Frankreich aus dieser gefährlichen Polarisierung der politischen Kräfte herauszulösen, **da sie auch die Möglichkeiten der ausserparlamentarischen Konfrontation in sich birgt." (WAZ 12.3.)**

Und neben dem faschistischen Terror zur weiteren Unterdrückung der revolutionären 'politischen Kräfte', sollen auch künftig wieder die Parteien der Arbeiterverräter dazu beitragen. Die WAZ stellte fest: **"Die politische Linke...konnte ihre Mandate verdoppeln. Damit gewinnt auch das Parlament in Frankreich wieder an politischem Gewicht." Im Klartext: Die Illusionen in den Parlamentarismus sollen gestärkt werden.**

Die Bourgeoisie weiss, warum sie unsere Bruderpartei, die PCMLF, verbietet und verfolgt und warum sie die 'K'PF, die Partei des Arbeiterverrats, mit Bürgermeister- und Parlamentssessel gut bezahlt.

Juso-Bundeskongreß: Rötet sich das Feigenblatt?

Nur 'Bild' war wieder beunruhigt: "Jusos auf dem Marsch zur Macht", hiess es auf der zweiten Seite. Ansonsten herrschte in den Kommentaren der bürgerlichen Presse zum Juso-Kongress der Schulter-Klopf-Ton: Nun lasst die Jungens mal toben.

Das 'linke' Feigenblatt der SPD rötete sich nicht mehr und nicht weniger, als wie die 'linke' SPD seit 50 Jahren sich auf Richtung 'Sozialismus' bewegt. 'Roths schöne Worte: "Die konsequenten sozialistischen Kräfte sind in der SPD auf dem Vormarsch", kamen selbst bei 'rechten' Sozialdemokraten aus dem Bundesvorstand der SPD, wie Holger Börner, an: "Wenn ich die richtig verstanden habe, dann ist mir nicht bange um die SPD". (SZ, 12.3.)

Wollen die Jusos die SPD spalten? - Mitnichten, sie lehnen jede Fraktionsarbeit ab. Die Begründung kann man sich sparen.

Wollen die Jusos die SPD-Führung isolieren? - Keineswegs. Roths Marsch durch die Institutionen führt geradewegs in den...des SPD-Vorstands.

Rücken die Jusos vom Godesberger Programm der SPD ab, wo die letzten Reste von Klassenkampf-Phrasen der SPD über Bord gingen? - Auch das nicht.

Mit ungeheuren, verdrehten, intellektualistischen Phrasen, mit denen alles andere, als die klassenbewusste Arbeiterjugend angesprochen werden soll, ziehen sie ins Feld. Mit superlinken Argumenten, die an die Trotzkisten-Methode des 'Linksüberholen der Revisionisten' erinnert (auch Willy Brandt war in seiner Jugend Berufs-Trotzkist) wird die Frage der gewaltsamen Revolution, des Sturzes und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats übergangen.

Man will den Kapitalismus per Reform beseitigen, aber ganz neue SPD-Reformen sollen das sein. Solche "antikapitalistischen Strukturreformen", die nicht "zum systemstabilisierenden Reformismus verkümmern." "Gegenmacht und Strukturreform" machen's möglich. Ein kurzer Blick genügt:

'Vermögensbildung', dieser Trick des Volkskapitalismus, hat in den Augen der Arbeiter zu sehr abgewirtschaftet. Daher fordern die Jusos statt der Vermögensbildung: - paritätische Mitbestimmung und Steuerreform.

Die Betriebe sollen durch die Jusos mobilisiert werden. Genaues weiss man noch nicht, aber eines wurde gleich beschlossen: Die reaktionären SPD-Betriebsgruppen sollen unterstützt werden.

Vertrauensleute sollen zu antikapitalistischen Machtorganen werden. Damit fortschrittliche V-Leute nicht unter 'Friedens- und Schweigepflicht' fallen, sind die Jusos nicht einmal für vollen Kündigungsschutz. "Gegenmacht" im Betrieb - aber ohne Kampf gegen das von SPD/FDP verabschiedete reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz.

Den Palästinensern wird das Recht auf ihre Heimat zugesprochen, gleichzeitig die Existenz-Berechtigung des von Imperialisten **auf dem Heimatboden der Palästinenser errichteten Staates Israel,** bescheinigt usw. usf.

Kurz: Mit revisionistischen und superlinken Phrasen soll die revolutionäre Jugendbewegung, besonders im Kleinbürgertum, verwirrt und vom Marxismus-Leninismus abgehalten werden.

Die D'K'P sieht ihre Hoffnungen auf Aktionseinheit mit dieser Sorte von Sozialdemokraten wachsen. Die Jusos sollen laut 'UZ' der D'K'P "Klarheit schaffen", dass nur eine starke D'K'P "den Spielraum für die linken Kräfte in der SPD erweitert."

Aber getreu ihrem Vorbild in der SPD-Führung werden die Juso-Häuptlinge nur zum kleinen Teil vorerst die Verschmelzung mit den D'K'P-Revisionisten suchen. Ein Platz als SPD-Bürokrat in Verwaltung, Rathaus und Parlament ist immer noch wahrscheinlicher, als wenn man D'K'P-Funktionär wird.

Die bürgerliche Presse stellt fest: "...die überwältigende Mehrheit der SPD-Junioren (ist) auf Zusammenarbeit mit der Partei (SPD) eingestellt; sicher mit einer Reihe eigener Zielvorstellungen, die nicht die Zustimmung vieler Partei-Senioren haben. Und das wird wohl auch in Zukunft so sein: Aber: Der Juso-Vorstand hat sich in der Stamokap-Diskussion (oder Stamokap-Flügel liegt in Richtung D'K'P) entschiedener als je zuvor vom Kommunismus abgegrenzt, ohne dass überhaupt über Kommunismus gesprochen wurde." (WAZ, 12.3.)

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 35 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

"Bloß keine linearen Forderungen aufstellen" – das ist das Fazit, das die IG-Chemie-Bonzen aus der Metalltarifrunde ziehen. Was sie fürchten, ist der einheitliche Kampf für eine einheitliche Forderung. Gleichzeitig versuchen Chemiekapitalisten und Bonzen, mit einem Hochjubeln der 'Mitbestimmungsidee', die Kollegen vom konsequenten Kampf Klasse gegen Klasse abzulenken. Mögen sie ihre Vorbereitungen treffen. Entscheidend ist, was die Kollegen in den Betrieben denken und tun. Dazu die beiden folgenden Berichte:

SCHERING-KOLLEGEN FORDERN 150 DM MEHR FÜR ALLE

"Bei Schering fand am 19.2.73 eine Vertrauensleuteversammlung statt, auf der rund 10 Kollegen als Gäste anwesend waren.

Ein Punkt war die Aufstellung der Forderungen für die Chemie-Tarifrunde. Sofort meldete sich ein V-Mann, der in der Produktion arbeitet. Er rechnete vor, dass er, um bei den Preissteigerungen (in Westberlin seit dem Vorjahr um 8,1% – die Red.) und Steuererhöhungen überhaupt noch zurechtzukommen, ungefähr 170 DM mehr braucht. Ein anderer V-Mann sprach gegen die prozentualen Forderungen. Denn das bedeutet weniger Geld für die Kollegen der niedrigen Lohnstufen. "Schrippen und Mieten sind doch wohl für alle gleich teurer geworden!" Er verwies auf das Lohngefälle zwischen BRD und Westberlin und verlangte 50DM Vorweganhebung. Zum Schluss stand die Forderung nach 150DM plus 50DM Vorweganhebung.

Die Bonzen meinten, das sei nicht die Forderung der Kollegen. Ausserdem sei es bei 22% Organisierungsgrad gar nicht möglich, die Forderung durch einen Streik durchzusetzen. Gelächter bei den Kollegen.

Warum gehen denn die Chemiearbeiter nicht in die Gewerkschaft? Weil ihnen die Gewerkschaftspolitik nicht passt!

Beide V-Leute, die kämpferisch aufgetreten waren, wurden anschliessend in die Grosse Tarifkommission gewählt.

Die Stimmung bei den organisierten Chemiearbeitern ist mehrheitlich gegen eine prozentuale Lohnerhöhung und es sind nur wenige, die meinen, 150 plus 50 DM seien nicht durchsetzbar, weil zu wenige bei einem Streik mitmachen würden."

Mitbestimmung gegen rote Fahnen

"Ich arbeite in einem Chemiebetrieb in Westfalen. Am 27.2. hatten wir dort vom Betrieb aus eine Versammlung der Vertrauensleute. Thema der Versammlung war die Mitbestimmung. Die Redner versuchten uns dieses Thema so richtig ans Herz zu legen.

Dabei haben die Kollegen gerade hier in NRW genau mitkriegen können, was mit der vielgepriesenen Mitbestimmung los ist: Das Stillegungsprogramm für die Zechen wurde dank der Mitbestimmung nicht wie von Kapital und Regierung geplant in 5 Jahren, sondern schon in 2 1/2 Jahren durchgesetzt. **Der Redner sagte selbst: "Ohne Mitbestimmung wäre die Sache in der Montanindustrie nicht so reibungslos gegangen, das hätte wirtschaftliche und politische Konsequenzen gehabt, Unruhe und rote Fahnen."**

Wenn die Gewerkschaftsführer jetzt besonders darum kämpfen, dass noch mehr betriebsfremde Gewerkschaftsvertreter mitbestimmen dürfen – die Kollegen wissen schon, warum. **Ein Vertrauensmann auf der Versammlung sagte: "Wir müssen uns sowieso mal den Werdegang eines Gewerkschaftsfunktionärs angucken. Wir können 20 Jahre kämpfen – aber ob wir dann in den DGB-Hauptvorstand kommen?"**

Was in diesem Hauptvorstand für Leute sitzen, wurde noch einmal deutlich, als wir dann in der Diskussion endlich einmal auf die Lohnrunde kamen.

Einige Vertrauensleute sprachen sich klar für eine lineare Lohnforderung aus. Die Bonzen wissen, dass diese Forderung aus den Betrieben immer stärker wird. Darum haben sie vorgearbeitet.

Schon im Dezember 72 hat die Tarifkommission eine Änderung des Rahmentarifvertrages für Westfalen ausgehandelt: Die festgesetzten Tariflohnsätze müssen danach in ihren Relationen zueinander nach den Tarifverhandlungen 73 unverändert bleiben (Paragraph 13). Diese Abänderungen treten am 30.4. in Kraft. Das ist aber genau der Tag, an dem die Lohntarife gekündigt werden. Egal also, was die Kollegen wollen, die Bonzen haben die Spaltung unter den Kollegen durch verschiedenen Lohn festgelegt.

Das aber zeigt klar: Ein einheitlicher Kampf um eine einheitliche Forderung kann von den Chemiearbeitern nur gegen die DGB-Führer aufgenommen werden. Die Bonzen selbst sind es so, die durch ihre immer schärfere Unterdrückung der Arbeiter in den Gewerkschaften zeigen: Es gibt keinen 'gleichberechtigten' Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft, weder im Betrieb noch in der DGB-Gewerkschaft. Der Stiefel, der ihm im Nacken sitzt, aber kann der Arbeiter nur abschütteln, wenn er sich aufbäumt, nicht wenn er sich duckt."

FÜR EINE LINEARE LOHNERHÖHUNG!

NIEDER MIT DEN MITBESTIMMUNGSAPOSTELN!

Bundeskonferenz .. Fortsetzung von Seite 1

Antwort: Natürlich nicht. Im Statut wird ausdrücklich festgestellt: "Die GO ist die organisierte Fraktion in den bestehenden Gewerkschaaten."

Die Erfahrung der vergangenen Kämpfe hat nun gezeigt, dass klassenkämpferische Gewerkschafter auf den Apparat der DGB-Führer nicht bauen können, wenn es darauf ankommt.

Wir kämpfen zwar um unser demokratisches Recht als Mitglieder der DGB-Gewerkschaften. Wir bestehen darauf, dass Flugblätter von Gewerkschaftern auf den von ihnen bezahlten Maschinen gedruckt werden dürfen, wir kämpfen gegen die Zensur, gegen Ausschlussverfahren hinter verschlossenen Türen, gegen die Einsetzung von Funktionären und V-Leuten von oben oder gegen die Manipulation bei Betriebsratswahlen.

Aber die Erfahrung hat auch gezeigt, dass die Reaktion der Herren Arbeiterzertreter' auf die Forderung nach mehr Demokratie in der Gewerkschaft immer wieder heisst: Noch weiterer Abbau der Rechte der Mitglieder; Einschüchterung und Ausschluss klassenkämpferischer Kollegen. Man kann sich also nicht auf den Apparat der DGB-Gewerkschaften verlassen, der fest in den Händen der gekauften Arbeiteraristokraten liegt.

Daher heisst es im Satut der GO: "(Die GO) hat ihren eigenen zentralisierten, demokratischen Apparat." Das ist notwendig, wenn man kämpfen können will.

Was die Demokratie im personellen Apparat angeht: In der GO herrscht wirkliche Arbeiterdemokratie. Hier haben nicht Kapitalistenknechte das Heft in der Hand. So sind auch im Statut der GO Rechte der Mitglieder verankert, die die DGB-Gewerkschaften in der Praxis und in ihren Statuen schon längst gestrichen haben. Wenn die Herren des DGB die Erhaltung der Gewerkschaftsdemokratie in der GO gewerkschaftsfeindlich nennen, dann verwechseln sie sich selbst mit der Gewerkschaft.

Frage: Welche Bedeutung für die weitere Arbeit der GO hat das ausgearbeitete Statut?

Antwort: Es geht nicht um Paragrafen. Der Kampf, die Zielsetzung und die Aufgaben der GO entscheiden über ihren weiteren Aufbau und ihre Stärkung. Die Bundeskonferenz hat mit der Verankerung der Organisationsgrundlage lediglich eine längst fällige Aufgabe nachgeholt. Der isolierte Einzelkampf von zigtausenden oppositionellen Gewerkschaftern und Gruppen muss endlich zusammengefasst, einheitlich geführt werden.

Die noch aussenstehenden Kollegen gewinnen wir nicht durch ein Stück Papier, sondern durch die erfolgreiche Arbeit der GO, mit der Unterstützung der Kämpfe wie bei Opel-Bochum, Hoesch, Mannesmann-Huckingen.

Frage: Es wurde eine neue Leitung der GO gewählt.

Antwort: Ja, ohne starke, zentrale Führung kann sich die GO nicht weiterentwickeln. Die Erfahrungen der verschiedenen Betriebe und Gewerkschaften müssen zusammengefasst werden, die regionalen Verbände brauchen eine gute Anleitung bei ihrer Arbeit. Es hat keinen Sinn, beim Erfahrungsaustausch einfach stehen zu bleiben. Daher wurden die erfahrensten Kollegen von der Konferenz mit der Leitung der GO beauftragt.

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

(Im nächsten Roten Morgen werden wir über die weiteren Kampfaufgaben berichten, die sich die GO auf der Konferenz stellte).

KLASSE GEGEN KLASSE



AUSWEITUNG DER STREIKS IN ENGLAND

Am 8.März traten die Eisenbahner Englands erneut für 24 Stunden in den Streik. Kampfmassnahmen kündigte auch das Eisenbahnpersonal an. Bereits seit drei Wochen streiken nun die Gasarbeiter. Der Gasmangel bringt die britische Wirtschaft inzwischen in erhebliche Schwierigkeiten.

Die Streikwelle weitet sich ständig aus: Auch die 280 000 Bergarbeiter wollen die Arbeit niederlegen, wenn ihre Forderung nach einer dritten Urlaubswoche nicht endlich erfüllt wird.

Der Sonderkongress der britischen Gewerkschaften hat Anfang März einen Generalstreik noch vor dem 1.April beschlossen. Für einen kämpferischen Streik trat allerdings nur der Vertreter der Bergarbeitergewerkschaft ein. Die Bonzen der anderen Gewerkschaften sprachen sich entweder offen gegen einen Streik aus oder versuchten mit einer von vorneherein festgelegten zeitlichen Begrenzung und der 'Freiwilligkeit' der Beteiligung an dem Streik einen Massenstreik zu verhindern.

GERICHTSBESCHLUSS GEGEN HOOGOVENS-ARBEITER

Am 6.3. verbot das Harlemer Arbeitsgericht die Weiterführung des Streiks bei Hoogovens. Das Verbot erstreckt sich auf die nächsten zwei Monate. Die Gewerkschaftsführer haben sofort erklärt, dass sie sich an die Entscheidung des Klassengerichts halten wollen. Die richtige Antwort auf dieses Anti-Streikurteil dagegen gaben die Arbeiter aus der Motorenfabrik Thomassen. Sie traten am Dienstag in einen Proteststreik gegen das Gerichtsurteil. Auch die Streiks in anderen Metallbetrieben Hollands für eine jährliche Lohnerhöhung von 465 hfl und eine Teuerungszulage von 250 hfl pro Prozent Preissteigerung geht weiter.

STREIKS IN ITALIEN

Am 9.3. beendeten die italienischen Zöllner ihren Streik. Am selben Tag begann ein Streik der 35 000 Krankenhausärzte gegen die Verschleppung von angekündigten Reformen. Ebenfalls am 8.3. streikten auch die Tankwagenfahrer Roms. Für den 10. bis 31.3. haben die Metallarbeiter wieder Streiks angekündigt. Wie berichtet, werden hier die Lohnverhandlungen schon seit fünf Monaten verschleppt.

Drei Tage lang streiken ausserdem über tausend Seeleute der staatlichen Schiffahrtslinien an der Westküste Italiens, in Triest und Venedig. Ihr Streik richtet sich gegen die Rationalisierungsmassnahmen der italienischen Regierung, die Entlassungen für rund 6 000 Seeleute bedeuten würden.



Streikende Tankwagenfahrer blockierten in Rom die Straße der Kaiserforen.

Arbeiterkorrespondenzen

Auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in Frankfurt am 27.1.73 wurde mit grosser Mehrheit die 15%-Forderung aufgestellt. Aber was noch wichtiger ist: Es wurde gefordert, dass der Tarifvertrag sofort zu kündigen ist, wenn die Regierung einen Konjunkturzuschlag erhebt.

Am 14.2. fand eine Sitzung des Betriebsausschusses der IG Druck und Papier statt. Die Mitglieder dieses Betriebsausschusses werden von allen Betriebsräten, Jugendvertretern und Vertrauensleuten in Frankfurt gewählt. Hier wurde noch einmal betont, dass wir für die 15%-Forderung kämpfen müssen.

Eine Woche darauf kam dann die 13%-Forderung der Grossen Tarifkommission heraus. Die Kollegen, mit denen ich im Betrieb diskutierte, waren sehr sauer auf diese 13%.

In der nächsten Woche, am 28.2., war dann wieder Sitzung des Betriebsausschusses. Und hier leisteten sich die Bonzen die grösste Sauerei. Mit 17 gegen 12 Stimmen setzte D"K"P-Jehnert ein Sprech- und Stimmverbot gegen die nichtdelegierten Mitglieder durch, obwohl ihnen auf der letzten Sitzung ausdrücklich Rederecht zugebilligt worden war.
Man sah den Bonzen die Angst vor der Diskussion an.

Delegierte Kollegen standen auf und protestierten gegen den Verrat der Forderungen von der Basis. Ein Mitglied der Grossen Tarifkommission meinte dazu, dass ja nicht nur die Frankfurter in der IG Druck und Papier seien; H. Schwiedel, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier im Hauptvorstand sei zum Beispiel für die 11% eingetreten. (Man überlege sich diese Unverschämtheit: Die Stimme des 'Kollegen' Schwiedel zählt mehr als die der gesamten Frankfurter Mitgliedschaft und nicht nur der).

Es wurde dann der Beschluss gefasst, wenn die Kapitalistenprovokation (von den Bonzen 'Angebot der Unternehmer' genannt) herauskommt, müssen sofort Warnstreiks stattfinden. Alle Kollegen sprachen sich dafür aus.

Gegen sofortige Warnstreiks sprach sich der Bezirksvorsitzende H.G. Fritz, Betriebsratsvorsitzender bei der Frankfurter Rundschau, aus. Er wollte vorher Betriebsversammlungen mit Anwesenheit von Gewerkschaftsbonzen. Aber damit kam er nicht an.

Als ich am nächsten Tag meinen Kollegen bei der Frankfurter Rundschau diese Vorfälle berichtete, waren sie sauer. Der Warnstreikbeschluss wurde jedoch freudig aufgenommen. Es kam bei den Kollegen auch zum Ausdruck, dass von dem BR-Vorsitzenden H.G. Fritz nichts zu erwarten ist.

Rotfront, ein Frankfurter Genosse.

Sieg der Kollegen bei Mannesmann:

Sieg für uns alle!

Nach 10-tägiger Dauer ging der Streik der Profilwalzwerker bei Mannesmann in Duisburg am 8.3. zu Ende. Das Ergebnis ist eine Erhöhung der Löhne auf 97,5% Mindestlohn rückwirkend ab Juli 72. Die Forderung der Kollegen nach 100% Mindestlohn für alle ist damit fast vollständig erfüllt. Die Bezahlung der Streiktage ist dagegen nicht durchgesetzt worden.



Mannesmannarbeiter besetzen die Treppe der Hauptverwaltung

Der Streik der Profilwalzwerker bei Mannesmann ist die Antwort auf die verschärfte Rationalisierung und Lohnabbau.

1969, als die Mannesmann-Kapitalisten in das grosse Geschäft mit dem Osten einstiegen, wurde das Profilwalzwerk vollständig durchrationalisiert. Die Kollegen forderten mehr Lohn. Im paritätisch besetzten Aufsichtsrat wurde daraufhin ausgehandelt, an alle Kollegen insgesamt rund 300 000 DM mehr auszuzahlen. Am 28.2. erklärte die Betriebsleitung, die Kollegen sollten insgesamt nur 100 000 DM mehr bekommen, noch dazu nur die untersten und die höchsten Lohngruppen.

Der Aufkauf der Demag durch Mannesmann, die von der Bundesregierung winkenden Rüstungsverträge und nicht zuletzt der Mitte Februar in Moskau ausgehandelte Aufschwung des Ostgeschäftes bringen mehr Profit und Macht für die Mannesmann-Herren; bezahlen sollen die Arbeiter. Da scheren sich die Stahlbarone auch nicht um die Versprechen, die sie den 'Mitbestimmern' im Aufsichtsrat gegeben haben.

Als Antwort auf diese Provokation warfen die Profilwalzwerker die Brocken hin und besetzten das Direktionsgebäude und Betrieb. Die Mannesmann-Herren drohten mit einer einstweiligen Verfügung gegen die Arbeiter, die sich im Walzwerk auf die Rollgänge gesetzt hatten. Bei Betreten des Betriebsgeländes drohte ihnen eine Geldstrafe von 3000 DM oder Gefängnis. Aber dadurch konnte die Kampffront nicht gespalten werden: Die Streikenden bestimmten entschlossen einen Trupp aus neuen Leuten zur Besetzung der Rollgänge. Ihre Kampfkraft zwang die Kapitalisten, die vorher arrogant erklärt hatten: Mit Streikenden verhandeln wir nicht!, wieder an den Verhandlungstisch. Denn inzwischen war auch im Mannesmann-Werk Mühlheim die Produktion gefährdet, weil die Belieferung des Betriebs durch den Streik im PWW gestoppt war.

Die offenen Streikbrecher

Die Bonzen von der IGM verurteilten diesen Streik wie die Streiks bei Hoesch und in Velbert auch. Was ihnen hier besondere Sorgen machte, war die Gefährdung der 'Mitbestimmungsidee' durch den Alleingang der Mannesmann-Kapitalisten. Ganz auf dieser Linie verteilten sie am 7.3. ein Flugblatt, in dem sie, wie die Kapitalisten auch, verlangten: Erst Abbruch des Streiks, dann Verhandlungen. Kein Wort von den Forderungen der Kollegen, kein Wort gegen die unerhörten Drohungen gegen die Kollegen — Bedingungen an die Kapitalisten stellen die Gewerkschaftsbonzen nicht.

So offener Verrat konnte die Wut der Kollegen nur schüren. **Genauso gross wie auf die Bonzen der IGM war die Wut der Kollegen auf die SPD. "Die wählen wir nicht wieder", konnte man immer wieder hören.**

Auch das Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Rechtssprechung sank gewaltig. Als einige Kollegen meinten, gegen solchen Terror (Gerichtsbeschlüsse gegen die Kollegen den Frauen nachts um 1 ins Haus zu bringen) **müsse man doch vor Gericht protestieren, war die Antwort: "Was willst du denn da, die sind ja doch gegen dich." In Gesprächen unter den Kollegen war auch keine Frage, dass bei einer Verschärfung des Kampfes die Mannesmann-Herren mit Polizei und notfalls mit Bundesgrenzschutz die Arbeiter von den Rollgängen holen würden.**

Genauso klar war den Kollegen dass gegen diese breite Front nur der geschlossene Kampf aller Mannesmann-Arbeiter, die Unterstützung durch die Arbeiter anderer Betriebe und die Öffentlichkeit Duisburgs organisiert werden musste. Demonstrationen durch den Betrieb, Demonstrationen durch die Stadt, Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen wurden diskutiert.

Während Gewerkschaft und SPD sich nicht rührten, erlebten die Kollegen, wer sich für sie einsetzte. "Es soll noch mal einer was gegen die Kommunisten sagen, das sind die einzigen, die uns hier unterstützt haben", meinte einer.

Kommunisten und "Kommunisten"

Dabei merkten aber einige Kollegen bald, dass Kommunist und 'Kommunist' nicht dasselbe ist. Von den Genossen der KPD/ML wussten die Arbeiter, dass sie im Betrieb noch nicht sehr verankert sind. Um so mehr freuten sie sich über den Einsatz der Genossen, und darüber,



dass sie als einzige Flugblätter verteilten, die genau richtig waren: Streikaufrufe für den gesamten Betrieb. Sie wandten sich an die Genossen, mit Bitten, Flugblätter für sie zu drucken und schrieben einige gemeinsam mit ihnen. **Dabei meinte einer der Kollegen: "Jetzt macht aber den Kopf von eurer Zeitung** (dem 'Röhrenkieker') **drauf, damit man auch weiss, von wem das ist." Es gab lebhafte Diskussionen über den Kampf gegen den Kapitalismus, über die Bedeutung der Kommunistischen Partei und den Sozialismus. Einige Kollegen wollen fester mit der Partei zusammenarbeiten; am Freitag wurden in einer halben Stunde 11 Rote Morgen mit dem ersten Bericht über den Mannesmann-Streik verkauft.**

Die gleichen Kollegen fragten aber auch: Was ist mit den 'Kommunisten' von der D'K'P? Die haben genug Leute im Betrieb, sitzen in Betriebsrat und Vertrauensleute-Körper. Warum organisieren die nicht den Streik?

In der Tat wäre die wichtigste Frage während dieses Streiks gewesen: Seine feste Organisierung, die Bildung einer starken Streikleitung, die die Vorschläge der Kollegen hätte ausführen können, die Verhandlungen mit den Kapitalisten im Sinne der Arbeiter führen müssen. Dass es diese Streikleitung nicht gab, lag einzig und allein daran, dass den Kollegen eingeredet wurde, man sei so stark genug, eine Streikleitung brauche man nicht. Auf diese Weise ist den Kollegen allmählich die Initiative aus der Hand genommen worden.

Aber der Verrat der modernen Revisionisten ging weiter. Demagogisch schreiben sie in einem ihrer Flugblätter:

"Viele Kollegen sagen dazu: Diese Massnahmen (Aussperrung, Androhung von Geld- und Gefängnisstrafen — die Red.) ereignen sich in einem Betrieb, der der Montanmitbestimmung unterstellt ist. Die Mannesmann-Bosse haben jede Art Mitbestimmung durch ihre brutalen Massnahmen mit Füssen getreten... Die Streikenden nehmen ihr verfassungsmässiges Recht des Arbeitskampfes wahr."

Stärkt die revolutionäre Arbeiterpartei!

Während die Kollegen also in der Tat den Kampf gegen die Mitbestimmung aufgenommen haben, schüren die modernen Revisionisten die Mitbestimmungsillusionen wieder. Während die Kollegen sehen, dass der Staat mit Justiz, Polizei und Bundesgrenzschutz auf der Seite der Kapitalisten steht, will die D'K'P ihnen weismachen, dass sie auf dem Boden der 'verfassungsmässig garantierten Rechte' den Kampf für ihre Interessen führen sollen.

Als Hüter der Verfassung dieses Staates erwiesen sie sich nicht nur auf ihren Flugblättern. Überall, wo die Kollegen mit unseren Genossen politische Fragen diskutierten, schickten sie gleich ihre Leute hin, die erklärten, Politik habe hier nichts zu suchen. Aber die Kollegen wehrten sich gegen diese Eingriffe genauso wie gegen die Versuche, unsere Genossen als Spalter und Spinner zu diffamieren.

Wie beim Streik der Hoesch-Arbeiter zeigt sich auch hier: Gegen Stabilitäts- und Masshaltegerede, gegen den Verrat der Bonzen nimmt die Arbeiterklasse spontan den Kampf auf. Unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, im Kampf gegen die Illusionen, die die modernen Revisionisten verbreiten, die Kollegen im gewerkschaftlichen Kampf Klasse gegen Klasse zu organisieren und die Fortschrittlichsten für die Partei zu gewinnen.



Arbeitermord im Hafen

6.10.72: Ewerführer in der Schute von einer tonnenschweren Hieve erschlagen. Im Hafenkrankenhaus seinen Verletzungen erlegen;

Nov. 72: Kranführer rutscht von der Leiter ab, knallt auf die Kaimauer und stürzt ins Wasser. Von Tauchern tot geborgen;

17.11.72: Am Schuppen 30 drei Arbeiter begraben, als ein Teil der Ladung verrutschte,

18.11.72: Hafenarbeiter im Getreide verschüttet und erstickt;

23.11.72: Schauermann bei der Arbeit vom Zwischendeck in den Laderaum gestürzt — sofort tot.

2.12.72: Container mit Eisenteilen zerquetscht Hafenarbeiter bei Entladearbeiten;

3.12.72: Hafenarbeiter stürzt von der Kaimauer — nach 1/4 Stunde tot geborgen.

Besser als alle Unfallmeldungen erklärt ein Gedicht eines Hafenarbeiters die Unfallursachen.

"Leute, spuckt in die Hände
haut rein, wir wollen nach Haus!
Ist Pensum. Schicht geht zu Ende."
Der Viz treibt immer wieder;
Der Kumpels letzte Kraft
zieht Hieve auf und nieder
in kalter Februarnacht.
So geht es Stund für Stunde
"Verflucht sei dieser Mist!"
Das Murren aus aller Munde
"Für dich nur, Kapitalist!"
Und dann geschah's mit Schrecken-
das Colli saust in Schacht —
"Den unten brauchst Du nicht zu wecken,
für den bleibt ewig dunkle Nacht."



Revisionistisches

Lob für Ausländerhetze der DGB-Führer

In der 'UZ' vom 9.3. wird über die Forderungen der DGB-Führer für ein neues Ausländerrecht berichtet. Die 'UZ' schreibt: "Da das auf dem 'Prinzip blosser Duldung' beruhende Ausländerrecht der Bundesrepublik mit seinen 'überkommenen obrigkeitsstaatlichen Grundsätzen und engen nationalstaatlichen Vorbehalten anachronistisch' ist, hat der DGB-Bundesvorstand Forderungen zur Reform des Ausländerrechts vorgelegt."

Was heisst denn hier 'anachronistisch'? Ist die Bundesrepublik etwa kein kapitalistischer Staat mehr, bloss weil seine Vertreter nicht mehr mit Zwirbelschnurrbart und Stehkragen herumlaufen?

Die Einigkeit der D'K'P-Führer mit den DGB-Bonzen geht noch weiter. "Der DGB verlangt ein System stufenweiser zunehmender Berechtigung für den Aufenthalt ausländischer Bürger in der BRD. Danach soll nach fünfjähriger Tätigkeit in der BRD den ausländischen Arbeitern eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden."

Zum ersten fordert der DGB nicht fünf Jahre 'Tätigkeit', sondern zehn. Aber darum wollen wir hier nicht streiten. Entscheidend ist, dass die D'K'P-Führer diese reaktionäre Forderung der DGB-Bonzen offenbar vollkommen unterstützen. Auch für die Bachmann und Co. wird also der ausländische Kollege erst dann zum vollwertigen Menschen, wenn er sich 10 Jahre vor den Augen der westdeutschen Kapitalisten, ihrer Klassenjustiz und ihrer politischen Verfolgungsbehörden 'bewährt' hat.

Wohlweislich unterschlagen diese gekauften Arbeiteraristokraten die Gründe, die die DGB-Führer für sofortige Ausweisung anerkennen: Verstoss gegen die 'Grundordnung und Sicherheit der Bundesrepublik'; Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens; psychische Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Die Tatsache, dass die D'K'P-Führer den Aufruf der DGB-Bonzen zum faschistischen Terror gegen die ausländischen Arbeiter voll und ganz unterstützen, zeigt noch einmal deutlich, wohin man kommt, wenn man sich auf die Verfassung dieses imperialistischen Staates stellt. Gross von antifaschistischem Kampf reden und in Wahrheit die Faschisierung des Staates aktiv vorantreiben helfen — das ist das Wesen der modernen Revisionisten.

Gierek droht

Aus Furcht vor neuen Kämpfen der polnischen Arbeiterklasse hat die bürgerliche Gierek-Clique neue Massnahmen zur Unterdrückung der Arbeiter getroffen.

Auf dem 7. Gewerkschaftskongress, der kürzlich abgehalten wurde, hatte Gierek seine grossen Worte vor den Stettiner Dockern nach dem Aufstand 1970/71 vergessen. Gierek ermahnte die eingesetzten Funktionäre, keine 'Aufwiegelei' in den Betrieben zu dulden. Er legte einen neuen 'Kodex der Arbeit' vor, der den Arbeitern weitere Rechte nimmt. Die während der Unruhen gewählten Arbeiterräte wurden nicht bestätigt, die eingesetzten Räte haben keine Rechte. Entlassungen kann der Betriebsdirektor ganz alleine festsetzen.

Wie die albanische Nachrichtenagentur berichtet, zog die ROTE FAHNE, das Zentralorgan der illegalen KP Polens, folgendes Fazit aus dem Kongress: **"Der 7. Gewerkschaftskongress ist ein neuer Beweis der zunehmenden Isolierung der herrschenden revisionistischen Clique, er beweist wieder die bekannte Tatsache, dass die Gewerkschaften in Polen nicht die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und nur ein verlängerter Arm des bürgerlichen polnischen Staates sind, ein Teil der Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaschinerie."**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Griechenland: HELDENHAFTER ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND !

Seit dem faschistischen Staatsstreich der Athener Obristen-Clique hat der antifaschistische Widerstand im griechischen Volk niemals aufgehört. Die jetzt offen aufbrechenden Kämpfe an den Hochschulen können nicht mehr verschwiegen werden. Sie zeigen, daß das griechische Terrorregime in immer größere Bedrängnis gerät.

Bereits im letzten Jahr mussten wochenlang die Höheren Schulen von Insegneria und der 'Sivitanidios' geschlossen werden. Am 21.April und am 1.Mai beteiligten sich die Studenten an den kämpferischen Demonstrationen gegen die Militärherrschaft. Im Herbst versuchten die Obristen, die Studenten mit sogenannten 'Wahlen' zu beruhigen. Heftige Kämpfe mit offiziell 30 verhafteten Studenten waren das Ergebnis.

Hiess es damals noch '350 Terroristen' hätten die Wahlen gestört, so lässt die geschlossene und massenhafte Erhebung an den Universitäten in diesem Jahr sich nicht mehr totschweigen. Nach dem missglückten Wahlspektakel, griff die Athener Junta wieder zu offeneren terroristischen Massnahmen. Mit einem neuen Universitätsgesetz soll die Studentenbewegung niedergehalten werden.



Der hingerichtete Patriot Jusuf Aslan entlarvt das volksfeindliche Gericht der Faschistenbande vor dem Militärgericht. Neben ihm sitzen die Patrioten Deniz, Gemiz und Juseyn Inan. Jetzt begannen am 6. März weitere Terrorprozesse gegen 24 türkische Dockarbeiter und Studenten, denen Sabotageakte vorgeworfen werden. Die türkischen Faschisten, ebenso wie ihre griechischen Kumpane, überleben noch den Haß des Volkes nur Dank ihrer Hintermänner in USA und NATO.

Die Antwort: Ende Januar traten die Studenten der Technischen Hochschule in Streik. Als daraufhin die Regierung am 10.Februar ein Gesetz verabschiedet, dass revoltierende Studenten sofort zum Militär einberufen werden können, bricht der Kampf überall aus. Die 25 000 Studenten zählende Universität von Athen wird für 7 Tage geschlossen. Strassenschlachten, Besetzung von Universitätsgebäuden, Verhaftungen, Folterungen – und wieder neue Demonstrationen und Streiks.

Durch die Erfahrungen im Kampf gegen das faschistische Regime verlieren auch die Studenten immer mehr Illusionen über die Hintergründe dieses Systems. Der Kampf wird zunehmend revolutionär.

Die bürgerlichen Oppositionskräfte einschliesslich der revisionistischen KP-Führung, sehen ihre Chance. Sie, die widerstandslos die Faschisten an die Macht kommen liessen, hoffen auf die friedliche Wiederherstellung der bürgerlichen 'Demokratie'. Sie orientierten die Widerstandsbewegung einzig auf die Erkämpfung des Zustands, der vor dem Staatsstreich vom 21.4.1967 herrschte. '114' (der Widerstandsparagraph der Verfassung) – soll die antifaschistische Bewegung auf den Rahmen der bürgerlichen 'Ordnung' orientieren.

Sowohl über die bürgerlich-demokratischen Emigrantenorganisationen des Auslands, als auch über Oppositionskreise des früheren Parlaments in Griechenland selbst, fühlen imperialistische Staaten wie die BRD, Sowjetunion und auch die USA vor. Am liebsten wäre ihnen ein 'Übergang zur Demokratie' wie derjenige der geplanten 'Demokratisierung' des abgewirtschafteten Hitlerregimes durch den 'Goerdeler-Kreis' (1944). So hoffen sie, den revolutionären Sturz der Faschisten und ihrer Hintermänner hinauszuzögern.

Genau wie damals die Hitler-Clique, so denken auch die Athener Obristen nicht daran, widerstandslos das Feld zu räumen. Die Regierungszeitung 'Eleftheros Kosmos' droht anlässlich der Studentenunruhen: "Die politische Situation war bisher im Land bestimmt von dem inneren Frieden und der öffentlichen Ordnung und zugleich von der massvollen und humanitären Haltung der Regierung. In jüngster Zeit haben jedoch einige Kreise der früheren Politiker und andere Elemente versucht, die Mässigung des Regimes zur Herbeiführung innerer Unruhen auszunutzen. ...das war ein Fehler."

Die griechischen Faschisten werden das Feld nicht ohne weiteres räumen. Sie wissen starke Freunde hinter sich. Die Imperialisten setzen umso mehr auf die Karte der Faschistenherrschaft, als die revolutionäre Bewegung im Volk zunimmt.

Nixons rechte Hand, Agnew, wurde ins Amt gerufen, nachdem er gerade die Faschisten-Clique als besonders zuverlässige Schützer der US-Interessen im Mittelmeer bezeichnete. Nach Agnews Ernennung wurde am 1.Juli 1972 ein Stützpunktabkommen zwischen USA und Griechenland ausgehandelt. 7 000 US-Soldaten samt Familien wurden angesiedelt, der Hafen Piräus teilweise für die 6. amerikanische Flotte geräumt, die der Knüppel der US-Globalstrategen im Mittelmeerraum ist. Gerade jetzt, wo die USA laut Nixon ihr besonderes Augenmerk auf Nahost richten will, jetzt, wo gleichfalls die sowjetische Schwarzmeerflotte das Mittelmeer zum Terrain ihrer Kanonenbootpolitik macht, gewinnt Griechenland immer grössere Bedeutung für den Imperialismus.

Die antifaschistische Bewegung Griechenlands will keine Verfassung, deren Paragraph 114 auf dem Papier stehen bleiben muss. Das Volk will wirkliche Macht, um die faschistische Gefahr für immer zu verhindern. Diese Macht, die Volksdemokratie, muss statt einer 'demokratisch' aufpolierten Regierung durch eine Garnitur der bürgerlichen Opposition errichtet werden. Die Wurzel des Faschismus, die Kapitalistenherrschaft, muss zerstört werden.

NIEDER MIT DEM FASCHISMUS!

AMIS RAUS AUS GRIECHENLAND!

DAS MITTELMEER DEN MITTELMEERLÄNDERN!

Bonn: Komplize der Faschisten!

24. November 1972, Howaldts-Werft Kiel: Ein griechisch-orthodoxer Pope weiht das knapp 1 000 Tonnen grosse Unterseeboot "Prometheus" und übergibt es der griechischen Kriegsmarine. Das war das 4. U-Boot für Athen, das auf der Kieler Howaldts-Werft gebaut wird.

Nicht nur mit Waffen unterstützt die SPD/FDP-Regierung die Faschisten-Herrschaft. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen faschistische Geheimdienste Griechenlands demokratische Organisationen von Griechen in Westdeutschland bespitzeln und terrorisieren. Dies geschieht offen über die Botschaften, Konsulate und Handelsmissionen der Junta in der BRD. Von dort aus werden auch die nach wie vor nicht verbotenen Terrorgruppen der Junta finanziert, ebenso wie Spitzel für die Herren Kapitalisten vermittelt. Mancher griechischer Arbeiter verschwand schon bei Nacht und Nebel. Auslieferung wegen 'Beleidigung und Beschimpfung ausländischer Staatsoberhäupter' und 'Gefährdung der auswärtigen Belange der BRD', das ist die gesetzliche Grundlage, geschaffen von der SPD/FDP-Regierung im vergangenen Herbst in den neuen Ausländergesetzen.

Der revisionistisch beherrschte VDS (Verband deutscher Studentenschaften) hat zu einer Kampagne der Unterstützung des 'antidiktatorischen Kampfes' der griechischen Studenten aufgerufen. Der für Herbst geplante Besuch von Scheel in Griechenland soll verhindert werden. "Zahlreiche Bundestagsabgeordnete von FDP und SPD" würden sich an den Protestaktionen gegen die Junta beteiligen.

Genau wie in Griechenland heisst es auch bei uns: Den bürgerlichen Abwieglern mit ihrer Feigenblattpolitik nicht das Feld überlassen! Unterstützen wir den antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf des griechischen Volkes. Kämpfen wir gegen die NATO-Komplizen der Junta im eigenen Land.



Ein bezeichnendes Bild für die revolutionäre Entwicklung in USA: Der berufsmässige Abwiegler der afro-amerikanischen Bewegung, der Prediger für Frieden und Gewaltlosigkeit, Dr. Ralph Abernathy, scheiterte bei seinem Versuch, die aufständischen Indianer von 'Wounded Knee' zu entwaffnen.

"Diese Wahrheit muss jeder Kommunist begreifen: Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen."
Mao Tsetung

Tommy's üben Strassenkampf !

(Artikel aus 'Soldatenfaust', der Zeitung des antimilitaristischen Komitees Soldatenfaust, Standort Wetzlar).

"Ende Januar waren wir 14 Tage in Sennelager (Truppenübungsplatz). Das Gelände und die Anlagen werden von den Engländern benutzt, um die Truppen auszubilden, die als Besatzer nach Nordirland kommen. Wir haben dort die Strassenkampfpanzer gesehen, wie man sie aus Zeitungs- und Fernsehberichten kennt. Ein paarmal haben wir gesehen, wie die Engländer mit Visier vor dem Helm mit durchsichtigen Schildern und armdicken Knüppeln herumgelaufen sind.
Sie übten die Unterdrückung des irischen Volkes!

Aber: Wo Unterdrückung herrscht, gibt es Widerstand!

Auf vielen Klos und an den Wänden leerstehender Häuser im ganzen Übungsgebiet steht ganz gross mit Kreide oder weisser Farbe:
IRA (Das heisst Irisch-Republikanische Armee und ist das Symbol für den Freiheitskampf des irischen Volkes gegen England).

Daran können die englischen Söldner sehen: Sie sind hier nicht erwünscht, die Sympathie gehört ihrem schlimmsten Feind – dem Volk!
Wenn bei uns in Westdeutschland IRA an der Wand steht, dann heisst das:

ENGLISCHE BESATZUNGSTRUPPEN –
RAUS AUS IRLAND, RAUS AUS WESTDEUTSCHLAND!

ES LEBE DER FREIHEITSKAMPF DES IRISCHEN VOLKES!

Irland: 'Wahlen' unter britischen Bajonetten

Am 8.März sollte Nordirland nach dem Willen der britischen Regierung abstimmen, ob es weiter zu England gehören will, oder den Anschluss an die irische Republik will. 98% der abgegebenen Stimmen waren gegen den Anschluss. Ein Grund für die britischen Imperialisten, sich die Hände zu reiben? Bestimmt nicht. Denn die Stimme der irischen Patrioten war nicht auf den Stimmzetteln zu zählen.

Die IRA und verschiedene politische Parteien hatten zum Boykott der Abstimmung aufgerufen. Die Wahrheit über den Willen des irischen Volkes ist nur in einer Abstimmung des ganzen irischen Volkes zu erfahren.

Aber die irischen Patrioten zeigten ihren Willen nicht nur im Wahlboykott. Nicht umsonst hatten die britischen Imperialisten für den Wahltag 33 000 Soldaten und Polizisten aufgeboten. **In Belfast kam es zu bewaffneten Kämpfen zwischen der irischen Befreiungsbewegung und den britischen Soldaten. In Derry stürmten rund 300 Soldaten ein Wahllokal und steckten die Wahlurnen in Brand.**



Der Gang zur Wahlurne in Nordirland

Um von ihren eigenen Verbrechen in Nordirland abzulenken, machten die britischen Imperialisten ein grosses Geschrei um Bomben, die in der Nähe von Regierungs- und Polizei- und Armeegebäuden in London explodierten. So hatten sie auch gleich einen Vorwand, um zusammen mit dem neuen Regierungschef der Republik Irland, Cosgrave, verschärfte Massnahmen gegen die irischen Befreiungskämpfer zu beschliessen.

In drei Wochen wollen die britischen Imperialisten in einem Weissbuch ihre Pläne für die politische Zukunft Nordirlands offenlegen. **Schon jetzt ist klar, dass die Antwort der irischen Patrioten auf diese erneute Provokation ein verstärkter Kampf gegen die britischen Imperialisten und für ein vereintes und freies Irland sein wird.**

ZENTRISMUS HAT KEINE CHANCE !

Einiges zur Linie der KPD/AO

Gegenwärtig macht der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML grosse Fortschritte. Es zeigt sich klar, dass alle Versuche, eine mittlere Linie zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus einzuschlagen, zum Scheitern verurteilt sind. Die aus der westberliner Studentenbewegung hervorgegangene 'KPD'/AO versucht, eine solche Linie in die Schüler-, Studenten- und Arbeiterbewegung hineinzutragen. Auch dieser Versuch, Verwirrung zu stiften, die Zersplitterung der Marxisten-Leninisten zu fördern und der D'K'P und den Trotzkisten in die Hände zu arbeiten, wird scheitern.

Ein Angriff auf die Generallinie der marxistisch-leninistischen Weltbewegung

"Immer mehr mittelgrosse und kleine Länder vereinigen sich nun zum Kampf gegen die Hegemonie-Doktrin und Machtpolitik von ein oder zwei Supermächten, für das Recht auf unabhängige, selbständige Regelung der Angelegenheiten ihrer eigenen Länder und für eine gleichberechtigte Stellung in internationalen Beziehungen. Die Länder wollen Unabhängigkeit, die Nationen verlangen nach Befreiung, die Völker wollen Revolution machen – das ist bereits zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden." (Rede von Tjiao Guan-Hua auf der 26. Plenartagung der UNO, 'Peking Rundschau' 47/71).

Der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus können heute nicht mehr schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Nicht nur der bewaffnete Volkskrieg der unterdrückten Völker hat sie in eine bedrohliche Lage gebracht. Gegen ihre Kanonenbootpolitik, ihre Politik des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Diktats wehren sich auch immer mehr kleine und mittelgrosse Länder. Dieser Widerstand schwächt die Bastionen des Imperialismus.

Sollen wir es verurteilen, wenn der ägyptische Präsident Sadat die sowjetischen Besatzer aus dem Land wirft?

Sollen wir es verurteilen, wenn sich mehrere lateinamerikanische Länder gegen die Ausplünderung ihrer Fischgründe durch die USA-Imperialisten zusammenschliessen?

Für jeden Marxisten-Leninisten ist die Antwort klar: Unterstützung jedes Kampfes, der objektiv die Bastionen des Imperialismus schwächt, seine Positionen in der Welt untergräbt.

Nicht so für die Führer der AO. Im Rechenschaftsbericht des ZK an die 4. Parteikonferenz schreiben sie:

"Mit der 'Theorie der Supermächte' und ihrer Anwendung auf die Charakterisierung der gegenwärtigen Widersprüche in der Welt, wird der Hauptwiderspruch zwischen dem USA-Imperialismus und dem Sozialimperialismus auf der einen und den unterjochten Völkern auf der anderen Seite verabsolutiert.

Unsere Partei wendet die materialistische Dialektik auch in der Frage der Beurteilung des Hauptwiderspruchs und der von ihm abzuleitenden Nebenwidersprüche an. Sie unterscheidet daher nicht zwischen 'Supermächten' auf der einen, 'mittelgrossen' und 'kleinen' Ländern auf der anderen Seite, sondern beurteilt die Qualität des antiimperialistischen Kampfes eines Landes in erster Linie nach dem Charakter der Klassenwidersprüche in einem Land, das im Gegensatz zum Imperialismus steht.

Bevor sie also ein Land, das objektiv in einen Gegensatz zum Imperialismus geraten ist, der weltweiten Front gegen den Imperialismus zurechnet, untersucht sie zunächst die Folgen der Politik eines solchen Landes für die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, sie charakterisiert die Formen des Widerspruchs zwischen den gesellschaftlichen Hauptklassen." (Rechenschaftsbericht des ZK an die 4. Parteikonferenz, S.20/21).

Die Führer der AO greifen damit eine alte Theorie Trotzkis und seiner Spiessgesellen wieder auf. Sie polemisierten damals gegen die Politik Stalins zur nationalen Frage. Man kann doch keine solchen Reaktionäre wie den Emir von Afghanistan unterstützen, sagten sie. Ihr Ziel war die Schwächung der Front der Völker gegen den Imperialismus. So versuchten sie die Entartung der KPdSU (B) nachzuweisen.

Stalin antwortete diesen Leuten in den 'Grundlagen des Leninismus':

"Der revolutionäre Charakter einer nationalen Bewegung unter den Verhältnissen der imperialistischen Unterdrückung setzt keinesfalls voraus, dass in der Bewegung unbedingt proletarische Elemente vorhanden sein müssen, dass ein revolutionäres oder republikanisches Programm der Bewegung, eine demokratische Grundlage der Bewegung vorhanden sein muss. Der Kampf des Emirs von Afghanistan für die Unabhängigkeit Afghanistans ist objektiv ein **revolutionärer** Kampf, trotz der monarchistischen Anschauungen des Emirs und seiner Kampfgefährten, denn dieser Kampf schwächt, zersetzt, unterhöhlt den Imperialismus..." (Fragen des Leninismus, S.66).

Wenn die Führer der AO in die Fusstapfen Trotzkis treten, so sabotieren sie in Wirklichkeit die Front der Völker gegen die beiden Supermächte.

Heute ist diese Front stärker denn je, daher der Hass der modernen Revisionisten und ihr Versuch, diese Front zu spalten. Die modernen Revisionisten und in ihrem Gefolge die Trotzkisten richten dabei ihr Feuer vor allem auf die revolutionäre Politik der VR China, indem sie ihr vorwerfen, sie paktiere mit den reaktionärsten Elementen.

Die Führer der AO wagen es nicht, diesen Vorwurf offen zu erheben. Aber ihr Angriff auf die 'Theorie der Supermächte' schlägt genau in diese Kerbe, er ist ein Versuch, die einheitliche Front gegen den Imperialismus zu spalten, Misstrauen gegen das rote China zu schüren.

Eine friedliche Phase des Imperialismus ?

Seit ihrer Gründung versuchen die AO-Führer, die aggressive Natur vor allem des westdeutschen Imperialismus zu beschönigen und von der Gefahr imperialistischer Kriege abzulenken. Ganz besonders deutlich wird das an ihrer Haltung zu den Ostverträgen.

Noch in der 'Roten Fahne' 38/1972 unterstützten sie offen die revisionistische Propaganda, dass die Ostverträge den Frieden in Europa sichern. Sie schrieben:

"Dass die Brandt-Regierung die bestehenden Grenzen in Europa hinzunehmen gezwungen ist, ist nicht nur für Polen, sondern auch für alle fortschrittlichen Menschen in Deutschland begrüssenswert."

Seitenlang ist von Zugeständnissen der Brandt-Regierung die Rede; es geht nur um die wirtschaftliche Seite der Ostverträge.

Inzwischen haben die Führer der AO diese offene Unterstützung des westdeutschen Revanchismus und der revisionistischen Propaganda revidiert. Von der Anerkennung der Grenzen durch Bonn ist nicht mehr die Rede, aber der Kernpunkt der revisionistischen Propaganda ist erhalten geblieben: Weiter vertreten die Führer der AO die These, dass der westdeutsche Imperialismus zur Zeit nicht danach strebt, sich die DDR auch politisch und militärisch einzuverleiben.

Im Rechenschaftsbericht schreiben sie:

"Die **Strategie** des westdeutschen Monopolkapitals gegenüber den revisionistisch beherrschten Ländern Osteuropas besteht nicht in militärischer Aggression, sondern in sprunghafter Verstärkung des Waren- und Kapitalexports, in der imperialistischen Ausnutzung der Restauration des Kapitalismus in diesen Ländern." (S.41).

Die AO-Häuptlinge gehen dabei vom Bild der friedlichen Einigung von USA- und SU-Imperialismus in Mitteleuropa aus, mit der "auch die Hoffnung der deutschen Monopolbourgeoisie auf den europäischen Osten weg (ist) von der politischen Tagesordnung". (S.36 der Wahlbroschüre).

Die AO-Führer lehnen es deshalb auch ab, vom westdeutschen Revanchismus zu sprechen und werfen der KPD/ML vor, sie rede ständig davon, dass "Imperialismus Krieg bedeutet (!)".

Allerdings sind wir der Meinung, dass Imperialismus Krieg bedeutet. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, die deutschen Imperialisten, die zwei Kriege angezettelt haben, hätten ihre imperialistischen Ziele aufgegeben. Selbst Willy Brandt hat offen zugegeben, dass die Aufteilung Europas nicht endgültig ist. Der westdeutsche Imperialismus fordert nach wie vor Lebensraum. Er spielt dazu seine ganze Macht aus: Wirtschaftlich, politisch und militärisch. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Gerade der Vertrag zwischen Bonn und Moskau hat die westdeutschen Imperialisten in ihren revanchistischen Absichten ermutigt, zur ersten Macht in Europa zu werden.

Die AO-Häuptlinge leugnen die besonders aggressive Natur des westdeutschen Imperialismus. Deshalb lehnen sie es auch ab, die Verteidigung der Souveränität der DDR zu unterstützen. Sie gehen davon aus, dass Anerkennung der Souveränität schon längst eine beschlossene Sache sei und nur der neuen Bourgeoisie in der DDR nütze. Die Entlarvung der revanchistischen Einmischungen Bonns in die Angelegenheiten der DDR und der Staaten Osteuropas ist aber Teil des Kampfes gegen die kriegstreiberische Abenteuerpolitik Bonns.

"Der wirkliche Frieden und die wirkliche Sicherheit in Europa können nicht ohne einen entschlossenen Kampf sowohl gegen den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, als auch gegen die Bonner Revanchisten ... erlangt werden. Die heutige Passivität und Gleichgültigkeit könnten morgen sehr teuer kommen. Die nicht allzu ferne Geschichte des 2. Weltkrieges erteilt uns äusserst kategorisch diese Lehre." (Radio Tirana, 20.9.1971).

Spaltung auf ihrer Fahne

Der trotzkistische Wurm der KPD/AO offenbart sich besonders in der täglichen Spaltung des Kampfes. Völlig prinzipienlos wird einmal die 'linke', dann die rechte Fahne gehisst – Hauptsache, es kommt nicht zu Aktionseinheiten, bei denen die 'führende Rolle der KPD' vor den Augen der Massen in personeller, organisatorischer und ideologischer Hinsicht als Augenwischerei deutlich wird.

Wie auch bei vielen anderen Zirkeln, so zeigt sich die besondere Schändlichkeit des Spaltertums zunächst in Angriffen auf die brüderliche Verbundenheit der marxistisch-leninistischen Parteien in aller Welt. (Hinter dem sich – siehe oben – letztlich auch ein Angriff auf die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung verbirgt).

Ein Beispiel eines solchen Spaltertums zwischen den revolutionären Parteien und Organisationen Westeuropas zeigt sich in ihrem Verhalten zur PCE/ML (KP Spaniens/ML), der revolutionären Volksfrontorganisation FRAP und der Gewerkschaftsopposition OSO.

Noch vor einem Jahr (Rote Fahne 39/72) hiess es: "An der Spitze der antifaschistischen Kämpfe (Spaniens) stehen die Arbeiterkommissionen..." Mit keinem Wort wurde ihr revisionistischer Charakter erwähnt.

Die AO-Führer änderten vorübergehend ihren Kurs, als sie den Kampf der FRAP nicht mehr mit Schweigen übergehen konnten. Sie versuchten sich an die Spitze der Aktionseinheit zur Ausländerdemonstration in Dortmund zu setzen, nahmen Verhandlungen mit der FRAP und der PCE/ML auf.

Als es ihnen nicht gelang, ihre Linie durchzudrücken, schieden sie aus der Aktionseinheit aus, versuchten eigene Komitees zu gründen, verliessen das Komitee Pro-FRAP und entfalteten eine wilde Hetze vor allem gegen die PCE/ML, deren vorläufiger Höhepunkt die Rote Fahne Nr.71 war:

"Es kennzeichnet die Ernsthaftigkeit dieser Leute, dass ausländische Sektierergruppen, wie die PCE/ML und die Patriotische Einheitsfront der Türkei vorgeschickt wurden, um mit Schaum vorm Mund Beschimpfungen gegen unsere Partei auszustossen."

Gegenwärtig versuchen die Führer der AO, ihre Spaltertaktik zur Sabotage der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung anzuwenden. Schon lange propagiert die AO den Zusammenschluss der gewerkschaftsoppositionellen Gruppen, den Aufbau einer RGO. Als aber die Gewerkschaftsopposition erstarkte, sich zusammenschloss, bekämpfte die AO die junge Gewerkschaftsopposition.

Der KPD/ML wurde 'Rechtsopportunismus' vorgeworfen, weil sie die GO unterstützt (siehe dazu RM Nr.9, S.4).

Statt ihre Mitglieder aufzufordern, in der Gewerkschaftsopposition mitzuarbeiten, schritt die KPD/AO kurzerhand zur spalterischen Gründung einer 'eigenen' RGO. Die Folgen einer solchen Haltung konnte man z.B. beim Hoeschstreik sehen, als ein einheitliches Vorgehen aller oppositionellen Kollegen notwendig gewesen wäre.

Die Spaltertaktik – ob bei Aktionseinheiten, nationalem Ausländerkomitee oder Gewerkschaftsopposition – ist immer die gleiche: Sobald sie auf Widerstand bei der Durchsetzung ihrer Linie und ihres Führungswahns stossen, sprengen sie die Einheit, um 'eigene' Organisationen aufzubauen.

Was sagte Lenin über Trotzki? – :
"Er tückt, spekuliert, spielt sich als Lenker auf, hilft den Rechten, wo er nur kann."



- Anzeige -

Verteidigt den Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Lehre der Arbeiterklasse gegen alle revisionistischen und antimarxistischen Angriffe!

Aus dem Inhalt:

Radio Tirana antwortet ihnen	...S.2
Die marxistische-leninistischen Parteien widmen dem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Einfluss der bürgerlich-revisionistischen Ideologie eine grosse Aufmerksamkeit	...S.2
Das wahre Gesicht der Revisionisten Westeuropas	...S.3
Die Sozialdemokratie - eine politische Abteilung der imperialistischen Bourgeoisie	...S.5
Die Entlarvung der bürgerlich-revisionistischen sozialen Demagogie	...S.6
Wir müssen den Anarchismus als Ideologie und Tätigkeit gekämpfen	...S.9
Die Wiederbeelbung des Trotzkismus und ihre Ursachen	..S.13
Wie die Trotzkisten die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklaase in unserer Zeit sabotieren	..S.17
Die heutigen Trotzkisten und das Problem der proletarischen Vorhutpartei	..S.17
Die linksgerichtete Strömung - im Kern eine Variante des Trotzkismus	..S.18
Die allgemeinen Kennzeichen der heutigen liksradikalistischen Bewegung	..S.20
Anhang:	
Die Scheingegner trainieren sich	..S.20
Der II. ordentliche Parteitag der KPD/ML versetzt den modernen Revisionismus und den anderen Lakaien des Kapitals eine weitere Abfuhr und bereitet den Boden für ein noch schwungvolleres Vorwärtsschreiten der Partei für die Verwirklichung der gegenwärtigen Aufgaben	..S.23

zu bestellen bei: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

2 Hamburg 11
Postfach 11 16 49
Preis: 1,50 plus Porto

Veranstaltung zur Einheit

Gerade in der revolutionären Schüler- und Studentenbewegung hat es der moderne Revisionismus und der Trotzkismus relativ leicht, seinen Einfluss zu verbreiten.

Beim kommenden Bundeskongress der Roten Garde wird die Diskussion der Aufgaben im Kampf gegen den Opportunismus im Kleinbürgertum, die Gewinnung fester Bündnispartner und konsequenter Marxisten-Leninisten für die Sache der Arbeiterklasse einen wichtigen Punkt darstellen.

Wie heute bereits die Genossen Rotgardisten diese Aufgabe entschlossen anpacken, dokumentiert auch eine Broschüre von studentischen Genossen an der Universität Hamburg mit dem Titel: 'Zur Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML'. Diese Broschüre umfasst Redebeiträge, die im Anschluss an die grossen Streikkämpfe an der Universität auf einer Veranstaltung zur Einheit gehalten wurden.

Die studentischen Genossen der KPD/ML in Hamburg hatten sich seit längerem wieder aktiv an den Streikkämpfen beteiligt und Erfolge errungen. Anknüpfend an den Lehren der Streikkämpfe setzen sich die Redebeiträge auf dieser Veranstaltung insbesondere mit der NRF-Zirkelblock und der Gruppe 'KPD' (Westberlin) auseinander. Diese Broschüre kann über den Vertrieb des Roten Morgen in 1 Woche ausgeliefert werden.

Bestellungen an: 87 Würzburg, Postfach 612
Zum Preis von 1 DM/ Exemplar an das Postscheckkonto:
Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).

Veranstaltung in München

Für die Wochenzeitung ROTER MORGEN



München (RM). Im kleinen Saal des 'Schwabingerbräu' waren etwa 200 Freunde, Genossen und Sympathisanten der Partei zusammengekommen. Ein Genosse berichtete zunächst in einem kurzen Referat über die Geschichte des ROTEN MORGEN – und damit natürlich auch über die Geschichte der KPD/ML:

Von der Schaffung des ROTEN MORGEN als Zeitschrift der marxistisch-leninistischen Gruppen und Genossen in der KPD, deren Führung vollständig von bürgerlichen Kräften erobert worden war; er berichtete von dem Beschluss des Gründungsparteitags der KPD/ML, den ROTEN MORGEN zum Zentralorgan der Partei zu machen. Das Festhalten am unversöhnlichen Kampf gegen Revisionismus, Opportunismus, Zirkelgeist und Parteifeindlichkeit haben zur Schmiedung der Waffe ROTER MORGEN beigetragen. Der ROTE MORGEN, die Waffe des revolutionären Proletariats im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Arbeiterverrat, muss weiter geschmiedet werden. Nur ein Schwert, das in der Scheide steckt, kann rosten.

Die Versammelten stimmten ein in das 'ROTER-MORGEN-Lied':

Hast Du Deine Waffe schon erkannt?
Halte Hoch im Kampf den ROTEN MORGEN!
Trag ihn täglich über Stadt und Land,
Deine scharfe Waffe: ROTER MORGEN!

In kleinen Sketchen zeigte anschliessend die Agit-Prop-Gruppe 'Sturmtrupp Roter Morgen' aus München Szenen aus der Geschichte unserer Zeitung. Da konnte man sehen, wie einige Genossen, die mit dem Verrat der Reimann-Ulbricht-Clique nicht einverstanden waren, die ersten Nummern des ROTEN MORGEN schrieben – auf einer alten Schreibmaschine, mit 2 Fingern, und wie sie dafür von den KPD-Bonzen beschimpft und angegriffen wurden. Da konnte man über die Gründung der D'K'P lachen, die sich wie eine Nutte dem Kapital an den Hals warf und bettelte: 'Ach bitte, lass mich doch legal werden, ich stehe doch sooo fest auf dem Boden des Grundgesetzes'. Da sprossen nach der Gründung der KPD/ML eine Unmenge Zirkel wie Pilze aus dem Boden, fielen übereinander her, schrien: 'Ich will die Führung haben, her mit der Führung'. Und dann aus einem Munde: 'Wir sind GEGEN die KPD/ML!'

Ferner wurden Szenen aus der täglichen Kleinarbeit, dem Verkauf des Roten Morgen vor den Betrieben usw. gezeigt.

Wie lebendig dies alles dargestellt wurde, zeigt eine kleine Episode: Als in einer Szene der Verkauf des ROTEN MORGEN vor einem Betrieb aufgeführt wurde, sprang aus dem Publikum ein alter KPD-Genosse, der zum erstenmal auf einer Parteiveranstaltung war, auf, lief auf die Darsteller zu und kaufte ihnen – mitten im Stück – einen ROTEN MORGEN ab.

Schliesslich kam die Versteigerung. Die Genossen hatten dafür selbstgemalte Bilder, proletarische Romane, alte Nummern des ROTEN MORGEN gespendet. Eine selbstgeschnitzte Mao-Büste erzielte 65,--DM. Ein handgemaltes Bild des Genossen Teddy Thälmann: 30,–DM Revolutionäre Arbeiter zahlten 10;15DM für eine alte Nummer der einzigen Zeitung, die konsequent die Interessen ihrer Klasse vertritt.

Viele neue Sympathisanten trugen sich in die ausgelegten Listen ein. Andere erklärten sich bereit, im Komitee 'Freiheit für alle politischen Gefangenen' mitzuarbeiten. Und für den ROTEN MORGEN brachte diese Veranstaltung bare 800 DM ein!

LESER BRIEFE

ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

KRITIK AM ARTIKEL ZUM MAHLERURTEIL (RM Nr.8)

Liebe Genossen!

...schreibt ihr, dass der Prozess den Revolutionären drohen soll: 'Wer die bewaffnete Revolution propagiert', den trifft der Hass der Bourgeoisie. H. Mahler hat aber in Wirklichkeit in erster Linie nicht die bewaffnete Revolution propagiert, sondern die revolutionäre Bewaffnung! Und die Praxis hat ihn widerlegt! Es geht nicht um individuelle Bewaffnung!

In dem Artikel werden einseitig **nur** die Gemeinsamkeiten der KPD/ML mit der RAF beschrieben, nicht genug die wesentlichen Unterschiede!

Herr Mahler ist eben nicht das Proletariat! Und auch kein grosser Revolutionär, sondern ein ungeduldiger Spiesser der sich jetzt zwangsläufig im Prozess zum Märtyrer profilierte!

Ein grosser Revolutionär ist der, der die tägliche Kleinarbeit gewissenhaft macht, sich richtig einsetzt, die Revolution vorwärtsbringt! ....

Mit revolutionärem Gruss

RM-Redaktion:

Wir schrieben: "Die Bourgeoisie fällte mit den 12 Jahren ein Terrorurteil, das der Arbeiterklasse, allen revolutionären Menschen drohen soll: Wer mit Gewalt gegen die Staatsgewalt kämpft, wer die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution propagiert, den trifft der ganze Hass der herrschenden Klasse."

H. Mahler ist ein Revolutionär, wenn auch kein Kommunist. Die bürgerliche Justiz und Propaganda scherte sich allerdings wenig um den Unterschied zwischen individueller Bewaffnung einzelner 'Stadtguerillas' und der Massenbewaffnung in der proletarischen Revolution. Mit Absicht nicht. Sollte doch gerade dadurch kleinbürgerlicher Putschismus und Kommunismus in den gleichen Topf geworfen werden: 'Alles kriminelle Gewalttäter'.

Bundesstaatsanwalt Kaul: "Es ist in diesem Prozess zu keinem Zeitpunkt darum gegangen, eine politische Richtung oder ihre Anhänger zu diffamieren." Vielmehr ging es darum, in dieser Demokratie "jede Form von Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele" auszuschliessen. (Frankfurter Rundschau, 14.1.).

Ferner brachte der Prozess noch folgende neue juristische Methoden zutage, die für die zukünftigen politischen Prozesse Anwendung finden sollen:

– es genügt, Mitglied und Lieferant des 'ideologischen Rüstzeugs' einer revolutionären Gruppe (genannt: kriminelle Vereinigung) zu sein, um für 'Straftaten' einzelner Mitglieder dieser Gruppe verurteilt werden zu können.

– es genügt, dass es 'äusserst unwahrscheinlich' ist, dass man nicht an einem Bankraub teilgenommen hat, um dafür verurteilt zu werden. Zurecht nannte Mahlers Rechtsanwalt Schily dies einen Bruch der Menschenrechtscharta der UNO. ('Im Zweifel für den Angeklagten').

Ferner sagte die Bundesstaatsanwaltschaft – und nicht irgendein versponnener Richter – Mahler habe am Bankraub teilgenommen, "zumal Mahler sich nicht distanziert" habe.

Für die Zukunft: Wer sich nicht von einer 'ungesetzlichen' Handlung distanziert, macht sich strafbar. Also ist die Gesinnung allein schon strafbar.

Diese Tatsachen kamen im Artikel zum Mahlerprozess zu kurz. Dann wäre vielleicht auch deutlicher geworden, dass es der Bourgeoisie im Prozess nicht einfach nur um die Aburteilung von 'Stadtguerillas' geht, die die individuelle Bewaffnung fordern. Selbstverständlich hat die Bourgeoisie die grösste Angst vor den revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse. Und solche Prozesse gegen die revolutionäre Gewalt dienen eben vor allem auch zur Aburteilung von Kommunisten und dem Verbot ihrer Organisationen.

Mit Worten wie 'ungeduldiger Spiesser' und 'Märtyrer' sollten wir vorsichtig sein, wenn wir sie schon von den Plädoyers der Staatsanwälte und der D'K'P her kennen. Wir sind immer noch der Meinung, dass der Putschist H. Mahler heldenhaft vor Gericht gekämpft hat. Die Auseinandersetzung mit 'links'radikalen und anarchistischen Ideen werden wir natürlich fortführen.

Rote Hilfe Giessen gegründet

In Gießen hat sich eine 'Rote Hilfe' gegründet. In einer Dokumentation: "Sofortige Zurücknahme der politischen Entlassungen" heißt es über die Aufgaben der Organisation:

"Im Dezember 72 wurden 2 Arbeiter bei Buderus-Lollar entlassen – aus politischen Gründen. Dieser Fall steht nicht alleine da. In letzter Zeit, vor allem seit den spontanen Streiks 69 häufen sich Bespitzelungen und Rausschmisse fortschrittlicher Kollegen..."

In der Broschüre wird dann gezeigt, dass der Entlassungsterror Teil der zunehmenden Faschisierung dieses Staates ist. "Alle diese Vorbereitungen richten sich gegen die aufstrebenden Kämpfe der unterdrückten Teile des Volkes zur Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen..."

WAS WILL DIE ROTE HILFE?

" **...Wir wollen vor allem denjenigen helfen, die aufgrund ihres Kampfes von den Kapitalisten und ihrem Staat verfolgt werden. Rote Hilfe ist aber keine** [...]**tsschutzversicherung wie die DAS.** (Eine Organisation, die hauptsächlich auf das bürgerliche Recht vertraut – die Red.). In den jüngsten politischen Prozessen, vor allem gegen den Genossen Mahler, zeigte die Justiz wieder deutlich, dass sie sich einen Dreck um ihre eigenen juristischen Spielregeln schert...

Der wirkliche Schutz (neben dem 'juristischen Weg' – die Red.) besteht deshalb dann, **möglichst breit praktische Solidarität mit den Betroffenen herzustellen.** Die Welle der politischen Entlassungen kann nur zurückgewiesen werden, wenn alle erkennen, dass diese Angriffe nicht Einzelnen gelten, sondern Angriffe auf die Rechte aller Arbeiter, auf die Rechte des Volkes sind."

Mit ihrer Broschüre über den Fall der zwei entlassenen Kollegen bei Buderus-Lollar will die Rote Hilfe Giessen einen Schritt, eine Kampffront über den Betrieb hinaus herstellen. Die Broschüre ist zu bestellen bei:

Rote Hilfe Giessen
c/o Mabula, 63 Giessen
Postfach 2107.

Das Konto der Roten Hilfe Giessen ist:
Commerzbank Giessen
Nr. 20 20 790

SOLIDARITÄTSKOMITEE

Solidarität:

16.2.	Solidaritätskomitee Marburg	95,–
19.2.	Ra., Duisburg	145,–
19.2.	Flohmarktverkauf Mannheim	200,–
27.2.	Marburger Arbeiter und Studenten für die Kämpfer des Roten Antikriegstags	43,56
28.2.	Sammlung auf einer Veranstaltung von AEG-Kollegen der KPD/ML, der GRFB u. des KJVD, Westberlin, Werk Brunnenstr.	54,–
		537,56

Deutsch-spanische Freundschaft:

21.2.	Zwei Rotgardisten aus Bielefeld	300,–

Spende für Hoesch-Streik:

22.2.	Kreuzberger Kneipenrunde	32,40

Polizei und Spitzel des Herrn Krupp

Kiel, 27.2.73 (Korrespondentenbericht). "Auf Einladung einiger ausländischer Kollegen besuchten zwei Fotographen am 27.2. morgens eine Wohnunterkunft für ausländische Arbeiter in Kiel-Friedrichsort. Es handelt sich dabei um eine uralte Kaserne, die kalt und unansehnlich ist. Auf den Fluren riecht es nach Toilettendünsten. Kinder laufen in den kahlen Gängen herum, die nur spärlich mit Glühbirnen erleuchtet sind.

In dieses alte Gemäuer hat die Firma MaK, eine Krupp-Tochter, die auch Panzer herstellt, ausländische Kollegen gepfercht.

Kurz nachdem die Fotographen das Gebäude betreten hatten, tauchte ein deutscher Spitzel auf, der sich als Flurwart ausgab, und alarmierte den Hausmeister Greve. Wenige Sekunden danach kamen sie von zwei Seiten auf die Fotographen zu und forderten sie auf, das Haus zu verlassen, sonst würden sie Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstatten.

Als die Fotographen sagten, sie seien von türkischen Kollegen eingeladen worden, lief der Hausmeister fort, um die Polizei zu alarmieren. Währenddessen bemühte sich der Spitzel, die beiden festzuhalten: "Wenn Sie im Recht sind, dann bleiben Sie doch."

Die Fotographen gingen jedoch durchs Haus und machten einige Aufnahmen von den verheerenden Zuständen in dem Gemäuer. Als sie rausgingen, pfiff der Spitzel gerade die Bullen heran. Da die beiden aber einen Seitenausgang benutzten, mussten die Bullen mithilfe des Spitzels eine komplizierte 'Verfolgung' aufnehmen. **Als sie die Fotographen eingeholt hatten, sprangen die Zivilbullen auf ihrer Höhe aus einem VW, bedankten sich bei dem Spitzel, holten sich die Personalien der Fotographen und fuhren danach sofort zur MaK-Verwaltung.**

Am Nachmittag desselben Tages machten die Fotographen 30 m vom MaK-Werktor entfernt Aufnahmen von den herausströmenden Arbeitern.

Auf dem Rückweg zum Wagen wurden sie vom Werkschutz der MaK überfallen! Ein uniformierter



Werkschutzangehöriger und sein Komplize, der saubere Werkfotograph Schmidt, sprangen aus einem MaK-Auto, in dem sie den Fotographen aufgelauert hatten, versuchten sie aufzuhalten und zu fotographieren und bedrohten sie mit den Fäusten.

Immer mehr MaK-Arbeiter umscharten die Szene und schüttelten empört die Köpfe.

Als die Fotographen auf der örtlichen Polizeistation gleich danach Anzeige wegen des Überfalls erstatten wollten (schwere Körperverletzung und Nötigung), weigerten sich die Bullen zunächst, die Anzeige überhaupt zu nehmen."

Das zeigt, mit welchen Gangstermethoden die Krupp und Thyssen bei ihrer Jagd nach dem Profit vorgehen. Mit Polizei und Gesetz immer als Freund und Helfer zur Seite.

Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!



Friedrich Engels war Mitverfasser des 'Kommunistischen Manifests'. Gleich im Anschluß an die Arbeit am Manifest eilte er nach Süddeutschland, wo er als Offizier der Revolutionstruppen die Kämpfe organisieren half. Unser Bild zeigt ihn in Elbersfeld, wo er im Auftrag des Sicherheitsausschusses den Bau der Verteidigungsanlagen leitet (Mai 1849).

125 Jahre Kommunistisches Manifest

"Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus." 125 Jahre nach diesen Worten von Karl Marx hat der Alptraum der Ausbeuterklasse, der Kommunismus, sich überall in der Welt Bahn gebrochen. Das dokumentieren auch die rund 1 000 verschiedenen Ausgaben, in ca 100 verschiedenen Sprachen, in denen das Kommunistische Manifest seither erschienen ist - ein Beweis für den Siegeszug des Marxismus.

WORIN LIEGT DIE STÄRKE DER KOMMUNISTISCHEN THEORIE?

"Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung."

Karl Marx war Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. "Trau keinem über 130", heisst es in der heutigen Kapitalisten-Propaganda. Aber die Entwicklung der Verhältnisse selbst, auch heute in unserem Land, zeigt immer wieder unerbittlich die Richtigkeit der Marxschen Ideen auf.

"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist eine Geschichte von Klassenkämpfen", das wagt heute kein bürgerlicher Theoretiker und Pseudomarxist zu bestreiten, der in der Arbeiterklasse halbwegs ernstgenommen werden will. Aber sie bestreiten die materiellen Ursachen, die Widersprüche und Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft, die Marx als den Hintergrund der revolutionären Entwicklung analysierte, jene Gesetze, die zwangsläufig zum Sturz der herrschenden Klasse führen müssen.

Die revolutionäre Theorie kann nur auf Grund ihrer Wissenschaftlichkeit als **'Anleitung zum Handeln'** dienen. Wirkliche Wissenschaft ergreift Partei für die Arbeiterklasse; nur die Arbeiterklasse hat kein Interesse an der Verfälschung und Entstellung der wirklichen Verhältnisse und ihres Entwicklungsganges. Denn die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die **"die Zukunft in ihren Händen trägt."**

Zum Führer der Arbeiterklasse werden die Kommunisten auch durch ihre Erkenntnis in den Gang der Geschichte: "Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien (klasse) aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."

"Die revolutionäre Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift." Die Schulung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus in der Arbeiterklasse ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunisten.

VERTEIDIGT DEN MARXISMUS!

Seit 125 Jahren existiert das Kommunistische Manifest und seit 125 Jahren machen sich die falschen Freunde der Arbeiterklasse an die Entstellung der kommunistischen Theorie. Marx hat selbst einen Grossteil dieses ersten Programms der Kommunisten der Abrechnung mit den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theorien vom "Sozialismus" gewidmet. Heute ist die Aufgabe, den Marxismus zu verteidigen, eine unabdingbare Pflicht für Kommunisten geworden.

"...die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen, sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden, die modernen Arbeiter, die Proletarier." Heute, wo die Waffen und Waffenträger der Revolution in Deutschland zahlreicher und mächtiger sind denn je, kann die Ausbeuterklasse nur noch auf ihre bestochenen Agenten in der Arbeiterklasse hoffen, auf jene, die die Reihen der Arbeiterbewegung mit antimarxistischen Theorien verwirren, spalten und irreführen sollen. Gerade auf dem Gebiet der Theorie sind die modernen Revisionisten eifrig dabei, den Marxismus "schöpferisch weiterzuentwickeln" zu einer bürgerlichen Theorie. In eine Theorie zur Sabotage der Revolution.

Die KPD/ML hatte von Anfang an ihre Aufgabe wahrgenommen, die Verfälschung des Marxismus durch die Chruschtschow-Ulbricht-Bachmann-Clique zu brandmarken und für die Verteidigung der revolutionären Theorie zu kämpfen. 1967 wurde im ROTEN MORGEN der Verrat des Marxismus im neuen Programm der revisionistischen KPD-Führer aufgedeckt. Es wurde aufgerufen zur Schaffung einer neuen Kommunistischen Partei, die an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des wissenschaftlichen Sozialismus, festhält. Die KPD/Marxisten-Leninisten wurde gegründet.

In der Gründungserklärung der KPD/ML finden wir auch jene Kerngedanken der revolutionären Theorie wieder, die bereits im 'Kommunistischen Manifest' ausgedrückt sind, auch wenn sie von Marx selbst, von Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung im folgenden weiterentwickelt wurden: Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie kann nur mit der gewaltsamen Machtergreifung des Proletaritas enden; die Erhaltung der Macht des Proletariats nach der Abschaffung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse kann nur dadurch gesichert werden, dass "am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird."

Das "Kommunistische Manifest" wies bereits vor 125 Jahren auf die Bedeutung hin, die Arbeiterklasse auf die gewaltsame Machtergreifung vorzubereiten und den Klassenkampf auch im Sozialismus niemals zu vergessen. Das "Kommunistische Manifest" ist eine Waffe gegen die Chruschtschow-Theorie vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" und dem "Aufhören des Klassenkampfes im Sozialismus".

Die KPD/ML wird an der Lehre von Marx festhalten: "Die Kommunisten verschmähen es ihre Ansichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."

Kontaktadresse:

Bundesrepublik: Lohnraub durch Steuern

Schmidt sagte es selbst: Der Konjunkturzuschlag für dieses Jahr ist noch nicht vom Tisch. Dieser 'nichtrückzahlbare Konjunkturzuschlag' wäre eine direkte Erhöhung der Lohnsteuer und würde nur die bisherige Politik der SPD/FDP-Regierung fortsetzen: Lohnraub durch Steuererhöhungen und staatlich geförderte Preistreiberei.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland zeichnete sich von Anfang an dadurch aus, dass der Staat selbst als Lohnräuber in die Taschen der Werktätigen griff. Das geschieht zum einen durch die 'direkten Steuern' (direkter Lohnabzug) wie auch die 'indirekten Steuern', die vor allem auf die Massengebrauchsartikel gelegt werden. Ob beim Salz, Tabak oder jetzt wieder beim Benzin – die indirekten Steuern zeigen am deutlichsten den ausbeuterischen Charakter: Sie treffen in erster Linie und am härtesten die Millionen Werktätigen.

Im ROTEN MORGEN Nr.9 haben wir gezeigt, was hinter der angeblichen grösseren Steuergerechtigkeit durch die letzten Beschlüsse der Regierung steckt: Ein Betrugsmanöver! Nicht die 'Grossverdiener', sondern einzig 'der kleine Mann' wird an die Bonner Kasse gebeten.

Über 3 Millionen Mark pro Stunde für die Rüstung, Milliarden Mark Subventionsgelder für die Zechenbarone, die damit recht profitabel ihre Zechen schliessen, Milliarden für die Entwicklungshilfe des Kapitals unter faschistischen Diktaturen – das will bezahlt sein. Aber die direkte Lohnraubpolitik durch Vater Staat hat auch eine Kehrseite für die Herren: Die Arbeiterklasse erkennt mit Hilfe ihrer Partei im Kampf um den Lohn viel eher, wessen Staat dieser Staat ist. Und sie erkennt dabei zunehmend die Notwendigkeit, diesen Staat der Ausbeuterklasse zu stürzen.

Albanien, ein noch armes, aber sozialistisches Land, zeigt, dass allein der Staat der Arbeiterklasse die Steuern Schritt für Schritt abschaffen kann.

HIER IST RADIO TIRANA!

Albanien: Direkte Steuern abgeschafft!

(Auszug einer Sendung vom Februar).

K. Marx und F. Engels lehren, dass die Arbeiterklasse, wenn sie die Macht ergriffen hat, gezwungen ist, auch die 'starke Progressivsteuer' zu erheben, um der Bourgeoisie allmählich das Kapital zu entreissen und um alle wichtigen Produktionsmittel in den Händen des Staates zu konzentrieren.

Die Steuerpolitik, die der sozialistische Staat in Albanien durchführen sollte, hatte, ganz anders als in der (kapitalistischen) Vergangenheit ein Hauptziel, nämlich die gestürzten Klassen zu vernichten, die Bereicherung der Bourgeoisie und die Entstehung des Kapitalismus, gleichgültig, in welcher Form auch immer, zu verhindern.

Eine solche Rolle spielte gleich nach der Befreiung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats die 'ausserordentliche Besteuerung der Kriegsgewinnler'. Diese stellte die revolutionärste und wichtigste Massnahme dar, die die Volksmacht auf finanziellem Gebiet damals traf. Durch diese Steuern wurde ein beträchtlicher Teil des einheimischen Kapitals enteignet.

Eine wichtige Rolle spielten auch die Steuern, die die einheimischen Kaufleute und Industriellen zu entrichten hatten, sowie andere Steuern. Der sozialistische Staat benutzte die Mittel aus diesen Steuern für die Bewältigung der Ausgaben, die notwendig waren, um die Kriegsschäden zu beseitigen, die Wirtschaft wiederaufzubauen, für sozial-kulturelle Massnahmen, für die Verteidigung des Landes usw. Die Steuerpolitik des sozialistischen Staates spielte – da sie gegen die kapitalistischen Elemente gerichtet war – auch eine wichtige Rolle für die Herstellung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Dies drückte sich in der Verwandlung der Landwirtschaft aus einer individuellen in die kollektive Landwirtschaft aus. **Im Zuge der Kollektivierung wurden die Kulaken hoch besteuert, wodurch ihre ökonomische Basis beseitigt wurde, gleichzeitig wurden die eben gebildeten landwirtschaftlichen Genossenschaften von jeder Steuer entlastet.** Der sozialistische Staat traf auch weitere Massnahmen zugunsten der Bauernschaft, indem eine Anzahl von Objekten von den Steuern ausgeschlossen bzw. die Steuertarife herabgesetzt wurden, womit die Entwicklung des Dorfes auf dem Wege zum Sozialismus unterstützt wurde.

Ein Kennzeichen der Steuerpolitik in Albanien war die allmähliche Senkung der ökonomischen Bedeutung und Gewichtigkeit der Steuern im Gesamthaushalt. **Der sozialistische Staat als Eigentümer der Hauptproduktionsmittel betrachtete die in den Staatsbetrieben und in den genossenschaftlichen Organisationen erzeugte Akkumulation (Anhäufung von Werten) als finanzielle Grundlage.** Die Erweiterung des Bereiches, in dem die sozialistischen Produktionsverhältnisse bestehen, und die Entwicklung der Produktivkräfte wurde von einer allmählichen Verringerung des Gewichts der direkten Steuern und Gebühren von der Bevölkerung begleitet. **Während die Steuern und Gebühren, die die Bevölkerung zu entrichten hatte, im Finanzjahr 1945-46 noch einen Anteil von 92% am Einkommen des Staatshaushaltes ausmachten, schrumpfte dieser Anteil im Jahre 1969 auf 0,1% zusammen.**

Die Steuern und Gebühren hatten also in Albanien, in einer Zeit, in der das sozialistische Eigentum in Stadt und Land gefestigt wurde, ihre politische und ökonomische Grundlage verloren. Angesichts der Festigung der sozialistischen Wirtschaft und Finanzen und um den materiellen und kulturellen Stand der breiten Massen der Werktätigen zu heben, **schafften die Partei der Arbeit und die Regierung Albaniens im 4. Fünfjahrplan die Steuern und Gebühren, die die Bevölkerung zu entrichten hatte, vollkommen ab...**

Das Ergebnis dieser Politik ist, dass Albanien heute das einzige Land auf der Welt ist, wo die Werktätigen in Stadt und Land keine direkten Steuern zu entrichten haben. Die Abschaffung der Steuern und Gebühren für die Bevölkerung Albaniens ist ein unwiderlegbarer Beweis der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das kapitalistische und revisionistische System.